Kampfkongreß gegen Faschismus fordert Massenstreik (Siehe 2. Seite)

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 4. März 1931
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nummer 53

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 2,10 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 460 39. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 439 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13 Uhr. Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpedition: Görlitz, Lunitz 6. Telephon 23 84. Geschäftszeit von 8—19 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Fortschritt" AG., Ftl. Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon 464 55.

Textilarbeiter, formiert die Streikfront

Die Unternehmer fordern 23 Prozent Lohnabbau — Antwortet mit dem Streik unter Führung der RGO. gegen jeden Pfennig Lohnraub!

An alle Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter! An die gesamte werktätige Bevölkerung!

Der Verband schlesischer Textilindustrieller hat den Lohntarif zum 31. März dieses Jahres gekündigt. Er fordert die Wiedereinführung des Tarifes, der bis zum 31. März 1928 in Schlesien in Geltung war. Die Erfüllung dieser Forderung würde einen **23 prozentigen Lohnraub** bedeuten, wie es nachstehende Aufstellung zeigt:

Stundenlöhne der Langenbielauer Gruppe (in Klammern die Löhne von 1928)

Hilfsarbeiter:		
von 14—16 Jahren	26 (19,2—20,6)	23,2 (15,7—16,6)
von 16—18 Jahren	34,7 (26,6)	28,9 (20,4)
von 18—20 Jahren	46,3 (35)	31,8 (25,3)
über 20 Jahre	57,8 (46,3)	43,4 (34,2)
Facharbeiter:		
von 14—16 Jahren	27 (19,2—20,6)	24 (15,7—16,8)
von 16—18 Jahren	36 (27,8)	30 (20,6)
von 18—20 Jahren	48 (36,5)	33 (26,6)
über 20 Jahre	60 (48)	45 (36)

Akkordrichtlöhne:

Steckerinnen 48,3 (38,6). Ringspinnerinnen über 500 Spindeln 49,6 (39,7). Weber und Weberinnen an zwei 120-Zentimeter-Stühlen 55,4 (44,4), an drei 158-Zentimeter-Stühlen 72,3 (57,8).

Die Forderung der schlesischen Textilunternehmer offenbart das freche und brutale Gesicht der Kapitalisten. Auf die Hilfe der Polizei und der nationalsozialistischen Mordpest bauend, glauben sie, den Proleten Arbeitsbedingungen zumuten zu dürfen, die das bestehende Elend um ein vielfaches vertiefen — alles im Interesse des eigenen Profits, der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems, der Kriegsrüstung gegen die Sowjetunion.

Was tut die Gewerkschaftsbürokratie?

Die sozialfaschistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie redet radikale Töne — zur Täuschung der Kollegenschaft über ihre verräterische und streikbrecherische Rolle. Die Gewerkschaftsbürokratie der schlesischen Textilindustrie ist Fleisch vom Fleisch der Leute, die im Ruhrbergbau offen für den Lohnabbau eintraten und Hand in Hand mit der Polizei bei dem heroischen, unter Führung der RGO. stattgefundenen Streik als Streikbrecher auftraten, die bei allen Tarifbewegungen nichts gegen den Lohnraub unternahmen, sondern im Gegenteil selbst in dem Waldenburger Hungerland Vorschläge auf 5 Prozent Lohnabbau machten. Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften sind Stützen des bestehenden Systems. Sie müssen deshalb für die Interessen der Unternehmer und gegen die Interessen der Arbeiter auftreten. Nicht anders wird das auch in der Textilindustrie werden.

Die RGO. ist die einzige Kraft,

die Hand in Hand mit der Kommunistischen Partei gewillt und fähig ist, den Kampf der Arbeiter gegen den brutalen Lohnraub mit Erfolg zu organisieren und zu führen. Das Vertrauen zur RGO. wächst von Tag zu Tag. Die Streiks der Bergarbeiter unter Führung der RGO. an der Ruhr und in Oberschlesien ließen alle Gegner der Arbeiterschaft erzittern; sie waren wuchtige Vorpostenkämpfe, die als Einleitung der Arbeiteroffensive gegen das Unternehmertum geschlagen wurden.

Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub!

muß die Losung aller Arbeiter, auch der schlesischen Textilarbeiter.

Forderungen der schlesischen Textilarbeiter:

Keinen Pfennig Lohnabbau!

Erhöhung der Akkordrichtlöhne für Spinnerinnen um 10 Prozent!

Erhöhung der Löhne der Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen! Die Jungarbeiter im Alter von 14 bis 16 Jahren sollen die Löhne der 16- bis 18jährigen erhalten, die Jungarbeiter im Alter von 16 bis 18 Jahren die der 18- bis 20jährigen, und die Jungarbeiter im Alter von 18 bis 20 Jahren die Löhne der Arbeiter über 20 Jahre!

Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens sieben Stunden täglich und 40 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich!

Kampf gegen jede Entlassung und Ueberarbeit!

Einstellung von Erwerbslosen in den Produktionsprozeß unter Kontrolle des Arbeiterrats!

Ablehnung der Bedienung von mehr als 500 Spindeln!

Ablehnung des Drei- und Vier-Stuhl-Systems bei breiten Stühlen und bei Qualitätsarbeit!

Bezahlung der Schulzeit für die Jugendlichen durch die Unternehmer!

Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit bei Jugendlichen und Frauen!

9 Tage Mindesturlaub für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin!

Bezahlung des Urlaubs nach dem Durchschnittsverdienst der letzten 6 Wochen!

das sind die Forderungen der schlesischen Textilarbeiter, für die der Streikkampf unverzüglich organisiert werden muß.

Wahl von vorbereitenden Kampfausschüssen in allen Betrieben auf der Basis der kämpfenden Einheitsfront!

Schaffung und Stärkung der Betriebsgruppen der RGO.!

Schaffung und Ausbau des revolutionären Vertrauensleutekörpers!

Organisierung des Streikschutzes!

Wahl von roten Betriebsräten auf der Basis des von der Belegschaft aufgestellten Kampfprogrammes!

Einbeziehung der Erwerbslosen und Arbeiterfrauen sowie der übrigen Teile des werktätigen Volkes in die gemeinsame Kampffront gegen Massenelend und für Brot und Arbeit!

Herstellung eines festen Kampfbündnisses mit den Landarbeitern und den anderen Arbeiterschichten, die gleichfalls durch Lohnraub bedroht sind!

Nur die KPD. gewinnt!

Düsseldorf, 2. März. Bei den Kommunalwahlen in Arnsberg wurden bei einer etwa 80prozentigen Wahlbeteiligung folgende Stimmen abgegeben: KPD. 627 (450) 3 Mandate, SPD. 459 (755) 2 Mandate, Nazi 1177 (1150) 5 Mandate, Zentrum 2240 (2789) 10 Mandate, Arbeitsgemeinschaft 770 (1047) 3 Mandate, Mittelstand 177 Stimmen.

Organisierung des Streikschutzes! Entsendet eure Delegierten und vorbereitenden Kampfausschüsse zu den Konferenzen am Sonntag, 15. März!

Das sind die Kampfmaßnahmen, die durchgeführt werden müssen.

In allen Textilorten muß sofort in einer allgemeinen Versammlung ein

Solidaritätsausschuß

gewählt werden, der sofort Hilfsmaßnahmen für den bevorstehenden Streik der Textilarbeiter einleitet. Die beste Hilfsmaßnahme ist der Solidaritätsstreik der anderen Betriebe.

Die Kapitalisten im Bunde mit den National- und Sozialfaschisten greifen die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung an, um ihre Ausbeuterherrschaft zu halten, um die Young-Lasten aus den Werktätigen herauszupressen, um die Mittel zur Kriegsrüstung gegen die Sowjetunion aufzubringen. Dieser Angriff muß zurückgeschlagen werden.

Der Streik bedeutet gegen Lohnraub, **bedeutet den stärksten Schlag gegen den Faschismus, seine Hungeroffensive und imperialistischen Kriegsvorbereitungen.**

Schlesische Textilarbeiter! Formiert unter Führung der RGO. die geschlossene Streikfront gegen jeden Pfennig Lohnraub

Dreißig Prozent Lohnabbau

Statt 65 Pfg. — 46 Pfg. Stundenlohn

Aus Liegnitz wird uns gemeldet: Mitte Januar flogen die Arbeiter der Kodersdorfer Werke aufs Pflaster. Das Werk wurde stillgelegt. Jetzt wird der Betrieb wieder geöffnet, aber wer Arbeit haben will, muß sich verpflichten, anstatt für 65 Pfennig — wie vor der Stillegung — für 46 Pfennig Stundenlohn zu arbeiten.

Die Firma hatte die Stillegung nur vorgenommen, um auf diesem Wege den Lohnraub durchzuführen. Sie rechnete damit, daß das Stempeln die Entlassenen für den Raub mürbe machen wird. Wenn diese Spekulation sich nunmehr als richtig erweist, weil tatsächlich viele der Hungernden sich zur Aufnahme der Arbeit bei 46 Pfennig Stundenlohn bereit erklärt haben, so nur deshalb, weil die Gewerkschaftsbürokratie Teil an dieser Spekulation hat.

Der Fabrikarbeiterverband wußte ganz genau, daß unsere Behauptung, die Stillegung erfolge nur zur leichteren Durchführung des Lohnraubes, richtig war. Sie hat aber getreu dem Hindenburg-Programm, zu dem sie sich bekennt, keinen Finger gegen diesen Plan gerührt, und nun reiben sich diese Verräter die Hände, genau so wie der Unternehmer, weil der Hunger und ihr Verrat einen Kampf zur Stunde verhindern.

Dieser Vorgang, der kein vereinzelter ist, muß angesichts der Vorbereitung der zweiten verschärften Lohnraubosfensive, wie ein Alarmsignal auf die ganze schlesische Arbeiterschaft wirken. Gelingt es den Geldsäcken, im Bunde mit den Verrätern der Gewerkschaften, auf diesem Wege auch nur vorübergehend den Widerstandswillen zu lähmen, dann wird der zweiten Lohnraubosfensive die dritte folgen und Hunger und Not ins Ungeheure steigen.

Dies muß verhindert werden. Die Arbeiter müssen erkennen, daß nur die Einstellung auf den Streik und die Anwendung desselben sie vor dem Verhungern zu retten imstande ist. Deshalb müssen in allen Betrieben, auf allen Werkstätten sofort die Vorbereitungen zur Schaffung einer kämpfenden revolutionären Einheitsfront geschaffen werden. Der Aufruf, den wir an der Spitze für die Textilarbeiter veröffentlichen, muß zur Richtschnur für alle Proleten genommen und nach ihm mit größter Aktivität gehandelt werden.

Lohnraub für 9 Millionen Arbeiter

Berlin, 2. März. Stegerwald erklärte im Haushaltsausschuß des Reichstages am Sonnabend bei der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums: „Bis zum 1. April müsse ein klarer Kurs (auf Senkung der Gestehungskosten durch Lohnabbau) gehalten werden. Bis dahin seien etwa 80 Prozent aller Tarife erneuert."

Bis zum 1. April soll also für 80 Prozent der tariflich erfaßten Arbeiter oder für etwa 9 Millionen die Löhne abgebaut sein. Diese Erklärung bedeutet einen Alarm für die deutschen Arbeiter. Es ist, alle Kräfte zusammenzureißen und unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition den neuen gewaltigen Angriff der Lohnräuber abzuwehren. Dazu gehört aber nicht ein Bittgang zu Hindenburg, mit einem Vorschlag, den Raub durch Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durchzuführen. Dazu gehört vielmehr die Organisierung des rücksichtslosen revolutionären Kampfes. **Dieser Kampf muß von der gesamten deutschen Arbeiterschaft, von den Organisierten und Unorganisierten gemeinsam geführt werden. Dieser Kampf wird sich gegen die Lohnräuber und ihre Helfershelfer in den Gewerkschaftsbüros richten.**

Wir organisieren die Frühjahrsoffensive

Massenstreik gegen jeden Pfennig Lohnraub

das ist das wichtigste Glied in der Volksaktion gegen Faschismus, Massenelend und imperialistische Kriegsgefahr

Der Kampfkongreß gegen den Faschismus, der am Sonntag in Breslau getagt hat, hat u. a. einstimmig folgende Entschließung als Aufruf an die gesamte werktätige Bevölkerung von Stadt und Land angenommen:

Zur Verteidigung ihrer Ausbeuterherrschaft greift die deutsche kapitalistische Klasse zu immer offeneren und brutaleren faschistischen Regierungsmethoden. Sie setzt die bürgerliche Demokratie außer Kurs und schickt bewaffnete Nazihorden zur Niederknüppelung der revolutionären Arbeiter auf die Straße.

Um die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftskrise auf die Massen abzuwälzen, ihre Profite zu steigern, und genügend Mittel zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion, das sozialistische Vaterland aller Werktätigen, zu haben, führt die kapitalistische Klasse eine breit angelegte Aushungerungsoffensive gegen die Werktätigen durch. Noch ist die erste Lohnabbauwelle nicht zu Ende und schon wird die zweite angekündigt.

Der Lohntarif der 200 000 schlesischen Landarbeiter, der Lohntarif der 60 000 schlesischen Textilarbeiter, die Lohntarife der Bauarbeiter, Eisenbahner, Breslauer Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Post- und Telegraphenarbeiter und der Schuhmacher sind durch die Unternehmer zum 31. März gekündigt. Die Unternehmer fordern einen Lohnabbau bis zu 23 Prozent.

Die Aushungerungsoffensive der Kapitalisten muß zum Stillstand gebracht werden.

Mobilisiert die Landarbeiter für den Streikkampf unter der Losung:

Nehmt keinen Pflug in die Hand, sät nicht ein einziges Korn, melkt keine Kuh und sattelt kein Pferd

bevor nicht der angedrohte und teilweise schon durchgeführte Lohnabbau zurückgenommen und die gestellten Forderungen auf Verbesserung der menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensverhältnisse der Landarbeiter erfüllt sind.

Schließt das Kampfbündnis der Land- und Industriearbeiter.

Organisiert den Existenzkampf aller Arbeiterschichten unter der Losung:

Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub, Kampf um Lohnerhöhung, her mit dem Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, gleicher Lohn bei gleicher Arbeit, gegen die arbeitermordende kapitalistische Rationalisierung, für den Schutz des Lebens und die Gesundheit der Arbeiter.

Schafft unverzüglich in allen Betrieben die vorbereitenden Kampfausschüsse sowie die revolutionären Betriebsvertrauensleutekörper.

Formiert rechtzeitig die Streikschutzgruppen.

Stellt die kämpfende Einheitsfront der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gegen den Lohn- und Unterstützungsraub, für Brot und Arbeit her.

Sorgt für die Aufstellung und Wahl roter Einheitslisten in allen Betrieben. Nützt die Betriebsratswahlen zur Organisierung der bevorstehenden Kämpfe und zur Schaffung der roten Einheitsfront gegen Hunger und Faschismus aus.

Der Lohnraub trifft nicht nur die in Frage kommenden Arbeiter, sondern alle Werktätigen. Der erfolgreiche Lohnraub in einer Industrie erleichtert den Lohnraub in den anderen Industrien, erleichtert den Abbau der Erwerbslosenunterstützung. Die Verringerung der Löhne und Erwerbslosenunterstützung hat ein verringertes Einkommen der Geschäftsleute und Gewerbetreibenden zur Folge, verkleinert die Aussichten des Kleinbauern, seine Erzeugnisse verkaufen zu können. Deshalb müssen alle Werktätigen sich mit den mit Lohnraub bedrohten Arbeitern solidarisch erklären.

Eine breite Solidaritätsbewegung

muß in ganz Schlesien entfacht werden. In Versammlungen müssen die Werktätigen zum Ausdruck bringen, daß sie die unter Führung der RGO. und der Kommunistischen Partei zum Streik rüstenden Arbeiter mit allen Mitteln unterstützen werden. Die werktätigen Schichten, insbesondere die Erwerbslosen und Frauen, müssen in den vorbereitenden Kampfausschüssen und in den Streikleitungen vertreten sein.

Die Delegierten des Kampfkongresses gegen den Faschismus am 1. März 1931 geloben, alle ihre Kräfte in den Dienst der Organisierung der Wirtschaftskämpfe der Arbeiter zu stellen.

Der Massenstreik gegen Lohnraub ist im Augenblick das wichtigste Glied in der Volksaktion gegen Faschismus, gegen Massenelend und imperialistische Kriegsgefahr.

RGO.-Sturmplan für Schlesien!

Das Bezirkskomitee Schlesien der RGO. hat einen Sturmplan aufgestellt, der sich die Erreichung folgender Ziele steckt:

69 Betriebe mit roten Betriebsratslisten.
6340 Abonnenten für den „Land- und Forstarbeiter".
22 150 Abonnenten für den „Arbeitslosen".
13 000 Verkaufsexemplare der RGO.-Industriegruppenzeitungen.
101 Betriebsgruppen der RGO.
82 Erwerbslosengruppen der RGO.
13 675 Mitglieder der RGO. in den Betrieben.
6790 Mitglieder der RGO. auf den Stempelstellen.

Das gesteckte Ziel soll in drei Etappen erreicht werden. Wir werden die Einzelheiten des Sturmplanes für Schlesien in den nächsten Tagen veröffentlichen. Die Parteigenossen und RGO.-Mitglieder fordern wir auf, ab sofort mit aller Kraft sich auf die Organisierung der Wirtschaftskämpfe zu konzentrieren und den Ausbau der RGO.-Organisation scharf zu forcieren.

Wenn keine Sowjet-Aufträge — dann arbeits- und brotlos!

Hindenburg. Wie mitgeteilt wird, beabsichtigt die Direktion der Drahtseilwerke Deichsel, in Kürze einen Abbau von 80 bis 100 Arbeitern, falls bis zu einem bestimmten Zeitpunkt keine neuen Aufträge einlaufen, vorzunehmen. Bisher wird noch an der Erledigung von Aufträgen aus der Sowjetunion zur Lieferung von Fertigfabrikaten gearbeitet. Diese stehen vor ihrer Erledigung.

✦

Diese, der bürgerlichen Presse entnommene Meldung spricht für sich selbst und widerlegt in ungewollter Weise die Lügenhetze der bürgerlichen und sozialdemokratischen Soldschreiber über die Sowjetunion. In der gesamten kapitalistischen Welt und besonders in Deutschland Niedergang der Wirtschaft und somit Steigerung des Elends der werktätigen Schichten, in der Sowjetunion gigantischer Aufbau des Sozialismus und Hebung der sozialen Lage der russischen Arbeiter und Bauern. Trotz Kriegs- und Dumpinghetze und Wirtschaftsboykott arbeiten die Sturmbrigaden in Stadt und Land unermüdlich, um den Fünfjahrplan früher durchzuführen.

Wie lange noch wollen die Proletarier in Young-Deutschland diese Wirtschaftsanarchie dulden? Wie lange noch wollen die Proletarier sich ausbeuten und unterdrücken lassen? Nur unter Führung der KPD. werden wir uns ein freies sozialistisches Deutschland erkämpfen.

Kampfruf an die werktätigen Frauen

Arbeitsschwestern!

In einer Zeit der bittersten Not, der brutalsten Ausbeutung und Unterdrückung rufen wir alle werktätigen Frauen auf, nicht länger zu dulden, daß die Reichen im Bunde mit der Kirche und ihren verbündeten Parteien, der SPD., dem Zentrum und der Nazis, die werktätigen Frauen in immer tieferes Elend stürzen. Jetzt ist die Stunde gekommen, wo es heißt, wir alle müssen zusammenstehen, wir alle müssen uns zusammenschließen zum Kampfe gegen alle Feinde der werktätigen Frauen! Die Kapitalisten haben einen neuen großen Anschlag gegen die werktätigen Frauen unternommen. Im Bunde mit dem Papst wollen sie die Frauen zwingen, Kinder zu gebären, gleich, ob sie krank oder arbeitslos sind. Dr. Wolff ist in Stuttgart verhaftet worden, weil er armen Frauen geholfen hat. Der Abtreibungsparagraph 218 soll ihn, und mit ihm Hunderte von Frauen, ins Gefängnis bringen!

Arbeitsschwestern!

Wir dürfen das nicht dulden! Das geht uns alle an!
Wir rufen alle werktätigen Frauen Schlesiens auf, einen Proteststurm gegen den § 218 zu entfalten.
Amnestie für alle Opfer des § 218!
Hinweg mit dem § 218!

Frauen und Männer des werktätigen Volkes!

Helft mit vorbereiten und unterstützen den Kampf der schlesischen Textilarbeiterinnen und -arbeiter, den bevorstehenden Kampf der Landarbeiter und Landarbeiterinnen gegen den geplanten Lohnabbau! Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub sei unsere Losung! Bei den kommenden Betriebsrätewahlen gilt es in allen Betrieben rote Einheitslisten der RGO. aufzustellen, auf denen die Arbeiterinnen entsprechend ihrer Rolle im Betrieb kandidieren müssen!

Marschiert auf am 8. März, dem Internationalen Frauentag, für Befreiung und Gleichberechtigung der Frau! Für ein Sowjetdeutschland!

Rote Dierig-Belegschaft rüstet zur Betriebsratswahl!

Bankrott der National- und Sozialfaschisten — Kollegen, stellt in allen Betrieben rote Einheitslisten auf!

Vergangene Woche versuchten die Nationalsozialisten und auch der Sozialfaschist Leuchtenberger vom Textilarbeiterverband ihr Heil bei der Dierig-Belegschaft. Die Nationalsozialisten gaben ein Flugblatt in einer Massenauflage heraus und kündigten den „Pg." Jankowski — angeblich vom Linke-Hofmann-Werk in Breslau — als Referenten über „Nationalwirtschaft" an. Die Versammlung war eine einzige Pleite für die Nazis und wird ihnen wohl gezeigt haben, daß die Dierig-Arbeiter mit den Phrasen dieser Kapitalsknechte nichts zu tun haben wollen. In der Versammlung hagelte es nur so von Zwischenrufen. Der Referent brachte das albernste Zeug gegen die Kommunistische Partei und die Sowjetunion vor. In der Diskussion riß der Betriebsratsvorsitzende der Dierig-Belegschaft — Genosse Müller — diesem Helden die Maske vom Gesicht. Zum Schutze dieser braunen Mordpest hatte man die gesamte Langenbielauer Polizei alarmiert. Unter dem Gesang der „Internationale" mußte diese Gesellschaft abziehn.

Die vom Textilarbeiterverband einberufene Versammlung war von nur etwa 120 Mann besucht, wobei ein Teil Mitglieder der RGO. waren. Nach dem Referat des Oberdemagogen Leuchtenberger ergriff unser Genosse Müller das Wort. Er riß den sozialfaschistischen Streikbrechern die Maske vom Gesicht und betonte, daß sie auch den kommenden Kampf der Textilarbeiter verraten werden. Trotz des starken Angriffs wagte Leuchtenberger nicht, auch nur ein Wort zu erwidern. Erst als auch eine Spinnerin mit aller Schärfe gegen Leuchtenberger auftrat, da meinte er ganz kleinlaut, „die Leute seien an allem schuld". Zur Aufstellung der Betriebsratsliste meinte Leuchtenberger, „ihm sei es gleich, auch wenn Kommunisten darauf kandidieren. Hauptsache, die Liste komme zustande". Und tatsächlich, nur mit Mühe und Not war es Leuchtenberger möglich, eine ausreichende Anzahl von Vorschlägen für die Kandidaten zu erhalten. Der letzte Vorschlag wurde trotz aller Bemühungen nicht gemacht. Der Verlauf der Versammlung fuhr dem Leuchtenberger so in die Knochen, daß er es sogar vergessen hatte, über die vorgeschlagenen Kandidaten abzustimmen.

Wie steht's in den 69 Betrieben?

Vor einiger Zeit haben wir das Kampfprogramm der Belegschaft der Fuchsgrube veröffentlicht, dann brachten wir das Kampfprogramm der Haase-Brauerei ab. Heute berichten wir über die Vorarbeiten zur Aufstellung einer roten Einheitsliste bei Dierig in Langenbielau. Uns ist bekannt, daß bei der Breslauer Straßenbahn, bei Dorndorf in Breslau, in der Breslauer Brikettfabrik, auf den Kohlengruben: Melchior, Hermsdorfer und Fürstenstein die Vorarbeiten zur Aufstellung einer roten Einheitsliste abgeschlossen sind. Doch uns fehlen die Berichte über die durchgeführten Arbeiten, insbesondere die Wortlaute der aufgestellten Kampfprogramme. Von einer Reihe der Betriebe haben wir überhaupt noch keine Nachricht.

Die Durchführung der Betriebsrätewahlen muß unter der Kontrolle der gesamten Arbeiteröffentlichkeit vor sich gehen. Keine Belegschaft, keine Betriebsgruppe der RGO., keine Betriebszelle der Partei soll glauben, daß es auf sie nicht ankommt. Jawohl, es kommt auf jeden Betrieb an. Deshalb ist es notwendig, daß sofort an die „Arbeiter-Zeitung" Berichte über den Stand der Vorarbeiten zur Aufstellung roter Betriebsratslisten geschickt werden. Wir müssen die Arbeiteröffentlichkeit über den Vorstoß der RGO. informieren. Wir müssen durch den erfolgreichen Vorstoß in einem Betriebe die Kollegen der anderen Betriebe zur Nachahmung anspornen! Arbeiterkorrespondent, wir erwarten heute noch einen Bericht von dir!

Marschiert auf am 8. März, dem Internationalen Frauentag, für Befreiung und Gleichberechtigung der Frau! Für ein Sowjetdeutschland!

SPD.-Gemeindevertreter kommt zur KPD.

In einer öffentlichen Versammlung der Partei am 1. März in Reußendorf trat der bisherige sozialdemokratische Gemeindevertreter Gustav Springer mit nachstehender Erklärung zur KPD. über:

Ich erkläre hiermit meinen Uebertritt von der SPD. zur KPD., da ich erkannt habe, daß das Verhalten der SPD. seit der letzten Reichstagswahl einen maßlosen Betrug an der Arbeiterklasse darstellt.

Gustav Springer, Gemeindevertreter, Dittmannsdorf.

Dem Beispiel der Genossen Springer in Dittmannsdorf müssen alle SPD.-Arbeiter folgen, um so mehr, als die SPD. diese betrügerische Politik noch fortgesetzt steigert.

Oeffentliche Einwohnerversammlung

Gemeindepolitik vor einer öffentlichen Einwohnerversammlung

Weißstein. Für Freitag, den 27. Februar, hatte die kommunistische Fraktion der Gemeindevertretung zu einer öffentlichen Einwohnerversammlung aufgerufen, um zu den Vorgängen in der Gemeinde Stellung zu nehmen. Der Saal des „Deutschen Hauses" war dicht besetzt. Das Thema lautete: „Die Gemeinde Weißstein im Lichte der Brüning-Diktatur." Genosse Klein sprach über den Ausbeutungsfeldzug der Brüning-Regierung. Nach Aufzeigung der Analyse unserer heutigen Wirtschaftskrise geht der Redner ein auf die einzelnen Notverordnungen. 570 Millionen sollen gestrichen werden aus Ueberweisungen an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung. 500 Millionen werden Gemeinden und Städte weniger an Reichssteuern erhalten. 119 Millionen werden den Kriegshinterbliebenen entzogen, 34 Millionen der Reichsinvalidenversicherung, 75 Millionen der Reichsknappschaft und die letzte Million der Kinderspeisung. Erhöht werden aber die Kosten der Polizei um 50 Millionen. An Hand dieses Materials wurde nachgewiesen, in welches Elend die breite Masse durch das von der SPD. gestützte Brüning-Kabinett geführt wird. Diesen Kurs durchkreuzen kann das Proletariat nur, indem es sich einreiht in die Kampffront des revolutionären Proletariats und unter der Führung der Kommunistischen Partei die Volksrevolution durchführt.

Genosse Neumann rückte die Gemeindevertretung mit sozialdemokratischer Mehrheit ins rechte Licht. Auf Grund der Einführung von Einlaßkarten zu den Vertretersitzungen hat unsere Fraktion nur die Möglichkeit, neun Hörerkarten zu verteilen. Wir werden deshalb auf diesem Wege die Einwohnerschaft über die Vorgänge im Parlament unterrichten. Herr Hertwig macht es sich mit Hilfe seiner bürgerlichen und sozialdemokratischen Freunde leicht, kommunistische Vertreter, die rücksichtslos im Interesse der Arbeiterschaft und der Kleingewerbetreibenden die Wahrheit sagen, am Sprechen zu verhindern. Wagt ein Genosse die mit der Gemeindepolitik eng verbundene Staatspolitik zu behandeln, um so das heuchlerische Doppelspiel der Sozialdemokraten aufzuzeigen, so wird ihm mit Zustimmung der bekannten Mehrheit das Wort entzogen. In längeren Ausführungen behandelte Genosse Neumann die auf Kosten der werktätigen Einwohnerschaft beschlossenen Maßnahmen. Wer nun glaubte, daß die ausführenden Organe und Verteidiger der Brüning-Politik ihre Stellungnahme vor den Einwohnern begründen würden, hatte sich verrechnet. Es ist ja auch leichter, vor einer auserwählten Hörerschaft große Töne zu reden. Mut gehört nicht zu den Eigenschaften dieser Leute. Man begnügte sich lediglich mit der Entsendung einiger Horcher. — Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Die am 27. Februar 1931 im „Deutschen Hause" tagende Einwohnerversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem verschärften Ausbeutungsfeldzug auf die Einwohner Weißsteins. Lohnabbau, Preiserhöhung und unerträgliche Steuerlasten, die ausschließlich das werktätige Volk aufbringen muß, sind der Ausdruck der faschistischen Diktatur, mit welcher der niedergehende kapitalistische Staat zu retten versucht wird. Die Versammlung spricht der kommunistischen Fraktion ihr volles Vertrauen aus."

Nach einem kurzen, kernigen Schlußwort des Genossen Klein wurde die von guter Stimmung getragene Versammlung geschlossen.

Achtung! Verband der Steinarbeiter Waldenburg!

Sonnabend, den 7. März, 19 Uhr, findet im „Blücher", Neu-Waldenburg, die Zahlstellenversammlung statt. Bericht über Tarifverhandlungen. Jeder Kollege muß erscheinen!

Hermsdorf

„Dumm, frech und große Fresse!"

Unter diesem „Motto" hielt in der am Donnerstag von der SPD. einberufenen Versammlung der Referent sein „Referat". Bei den Nazis ist man allerhand Blödheiten gewohnt, aber auch das, was dieser „Genosse" verzapfte, spottet jeder Beschreibung. Unter anderem stellte er die Behauptung auf, daß es in Rußland 1 Million Arbeitslose gibt, die nichts zu fressen haben. Dem Genossen Exner war es ein leichtes, diese Blödheiten zurückzuweisen und erinnerte an die Aussage des gewiß nicht kommunistenfreundlichen Medizinalrats Robewald, der ja sein Genosse ist und der etwas anders berichtet. Da hatte dieser Freund die Stirn zu behaupten, wer in Rußland war und die schlechten Seiten sagt, wird von der Tscheka auch hier verfolgt und nach Rußland zur Aburteilung geschleppt. Daß diese Blödheiten auch bei dem rückständigsten Arbeiter nicht mehr fangen, bewies das Spottgelächter, das er erntete. Nur weiter so, und diese Blödheiten werdet ihr dann am längsten gebracht haben, und nicht die Tscheka, sondern die deutschen Arbeiter werden dann mit euch abrechnen.

Landeshut

Ueberfüllte Rußlandversammlung

Die am Freitag, dem 27. Februar, von der Internationalen Arbeiterhilfe einberufene Rußlandversammlung, in der Redakteur Marquart-Berlin sprach, war überfüllt. Der große „Luckersaal" nebst Galerie war bis auf den letzten Platz besetzt. In einem zweistündigen Vortrage berichtete Genosse Marquart über seine Erlebnisse als Rußlanddelegierter und zeigte den Anwesenden klar auf die Bedeutung des Fünfjahrplanes. Ohne Schönfärberei schilderte er das bis jetzt Geleistete und die noch vorhandenen Mängel.

Herr Ingenieur Sauer, der ebenfalls einen derartigen Vortrag bereits vor längerer Zeit hielt, allerdings als Gegner, der es nicht fassen kann, daß die wunderbaren Erholungsorte am Schwarzen Meer den Arbeitern dienen, war zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen worden und entschuldigte sich damit, daß er infolge eines Filmvortrages in der Webschule verhindert sei, dabei steht jetzt aber fest, daß dieser Vortrag kaum eine Stunde gedauert hat und er sein Versprechen, gegen 10 Uhr zu kommen, noch hätte einlösen können. Genosse Marquart hatte es jedenfalls in seinem Vortrage verstanden, die Anwesenden zu fesseln und zu überzeugen, denn 18 Neuaufnahmen für die IAH. und 15 für den Kampfbund waren neben der aufklärenden Arbeit der organisatorische Erfolg. Einige aus der Versammlung gestellte Anfragen wurden im Schlußwort beantwortet. Die Versammlung hat gezeigt, mit welchem Interesse die Arbeiterschaft und auch bürgerliche Kreise den Aufbau Sowjetrußlands verfolgen. Rußland ist und bleibt das Vaterland der Unterdrückten der ganzen Welt. Mit Rußland und für Rußland wird die Arbeiterschaft kämpfen, wenn es den Gegnern einfallen sollte, eine offene Auseinandersetzung herbeizuführen. Stärkt deshalb die Reihen des klassenbewußten Proletariats, damit auch wir ein Sowjetdeutschland errichten können.

Schweidnitz

Hallo, Arbeiter!

In den letzten Tagen der vorigen Woche eine kurze Meldung in den hiesigen Zeitungen: „Betriebsunfall eines Eisenbahnwiederherstellungszuges auf der Strecke Schweidnitz—Groß-Merzdorf." Was war in Wirklichkeit? **Der Panzerzug des RAW. Schweidnitz war verunglückt.** Ganz systematisch wird alles verschwiegen, was die eigentliche Bedeutung dieses Zuges betrifft. Wir werden noch diese Woche eingehend über die faschistischen Rüstungen in diesem Betrieb Stellung nehmen. Bezeichnend ist, daß auch das Organ der Waldenburger Polizeisozialisten die Meldung genau so bringt, wie die bürgerliche Presse. Arbeiter, Augen auf!

Achtung! Ortsgruppen des UB. Schweidnitz!

Die Agitpropgruppe „Rote Sender" tritt bis jetzt bei folgenden Märzgefallenen-Feiern im Unterbezirk auf: 8. März in Seiferdau, 14. März in Rosenthal, 20. März in Schweidnitz, 28. März in Leutmannsdorf. Wir ersuchen alle Ortsgruppen, sofort mit der UB. für weitere Veranstaltungen in Verbindung zu treten.

Die Sprache wiedergefunden

haben die Tintenkulis der „Dreckwacht" in Schweidnitz, nachdem ihnen in den letzten Wochen die Spucke weggeblieben war. Sie sahen den dauernden Vormarsch der Partei in Schweidnitz; allein fünf überfüllte Versammlungen und Kundgebungen im Februar, vier glänzende Kampfdemonstrationen, Dutzende von Neuaufnahmen, Tausende von Zuhörern bei der Kundgebung am Ringe.

Unser Bericht über den Reichsjammer-Aufmarsch wird nun von den Schmierfinken der „Dreckwacht" benutzt, um eine von Gemeinheiten strotzende Schreiberei vom Stapel zu lassen, die wohl ihresgleichen sucht. In ganz raffinierter Weise hetzt man die Reichsbannerproleten gegen die kommunistischen Arbeiter auf, wohlweislich den wahren Grund verbergend. Nun, die Kulis haben sich an die falsche Adresse gewandt, die Schweidnitzer Proleten haben gezeigt, in welcher Front sie stehen. Wir halten unsere Zeitung, die „Arbeiter-Zeitung", für zu schade, um uns länger mit dem Dreck zu beschäftigen, den man in dem Waldenburger Polizeiorgan veröffentlicht. Für uns gilt nur eins: Niedriger hängen!

Ein weiterer Schritt vorwärts

war die erste öffentliche Versammlung des Kampfbundes in Schweidnitz. Hunderte von Proleten, darunter viele Betriebsarbeiter, füllten den großen Saal der „Stadt Breslau". Mit Begeisterung wurde das Referat des Genossen Reimann-Breslau entgegengenommen, umrahmt von den Darbietungen der „Roten Sender". 20 neue Mitglieder für den Kampfbund war das äußere Zeichen. Nur weiter so und dem Faschistenspuk im schlesischen Potsdam wird auch einmal ein Ende gemacht werden.

Auch einen Nachruf

widmen die revolutionären Arbeiter des schlesischen Potsdam dem plötzlich verstorbenen Bürgermeister Dr. Peikert. Auch er war wie andere ein Vertreter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wir Kommunisten haben es unter seiner Führung genug erleben müssen, wie städtische und Staatsgewalt sich einig waren in der Unterdrückung der revolutionären Arbeiterschaft. Die blutigen Zusammenstöße mit den Erwerbslosen im Oktober 1923 — die drakonische Einführung der Pflichtarbeit — die Massenentlassungen in den städtischen Betrieben — die Mundtotmachung kommunistischer Stadtverordneter — das brutale Vorgehen der Polizei am 6. März 1930 usw.

Dr. Peikert ist tot. Sein Nachfolger wird ebenso ein fanatischer Feind der kommunistischen Bewegung sein.

Für uns eine neue Mahnung zur Beseitigung der bürgerlichen Klassenherrschaft.

„Wissen Sie schon . . ."

daß der schöne Alwis von Weizenrodau, der dutzendfache Funktionär der SPD., seine sämtlichen Funktionen, auch in der Gemeinde niedergelegt hat?

daß die keusche Helene, die famose SPD.-Betriebsrätin in den Siemens-AG.-Textilwerken, schon seit Wochen im Betrieb kein Wort mehr spricht, vor Angst, nicht mehr aufgestellt zu werden?

daß Karl Hirsch, der Mann mit der eigenen Theorie, nicht mehr schlafen kann, weil er sich den Kopf zerbricht über eventuelle Kandidaten einer roten Liste bei Aron,

daß Freund Fretel, der Erwerbslosen-Denunziant, jetzt sogar abends die Lokale und Kabaretts besucht, um dort ja aufzupassen ob ausgesteuerte Erwerbslose vorhanden sind?

daß Herr Förstner, der Geschäftsführer der Deutschnationalen im Kreise Schweidnitz, zum 1. April auch wird stempeln gehen müssen, weil ihnen die letzten Mitglieder zu den Nazis weglaufen?

daß im Lokal „Waldschlößchen" jetzt kein ehrlicher Arbeiter seinen Aufenthalt nehmen kann, weil Herr Ihme einer der blutdürstigsten Anhänger des „Dritten Reiches" geworden ist?

und daß sämtliche Betriebs- und Straßenzellen der Ortsgruppe Schweidnitz untereinander einen revolutionären Wettbewerb in der Gewinnung neuer Abonnenten für die „Arbeiter-Zeitung" vereinbart haben?

Telegramm

preisabbau durch treu-rabatt!

jede einheitspackung «9 zigaretten» gildehof 50 ₰ und bergmann-privat 60 ₰ enthält

1 wertmarke · jede grosspackung «27 zigaretten» enthält 3 wertmarken ·

für 25 wertmarken erhalten sie in jedem zigarrengeschäft eine einheitspackung

gratis! verlangen sie beim einkauf von „gildehof" oder „bergmann-privat" bei ihrem

händler Wertkarten gratis · HAUS BERGMANN · ZIGARETTENFABRIK · A·G · DRESDEN-A

Rund um den Erdball

Auch in Frankreich gehört dein Körper, Arbeiterfrau, nicht dir!

Pariser Mucker in der Stuttgarter Front

„Ich kenne 1½ Millionen Frauen, die nie hätten Mütter werden sollen!"

Paris, 3. März. Am Montag hatte sich vor dem Pariser Strafgericht der volkstümliche Vortragskünstler Montéhus zu verantworten, der auf mehreren Pariser Vorstadtbühnen ein Schauspiel unter dem Titel: „Gehört dein Körper dir?" aufgeführt hat.

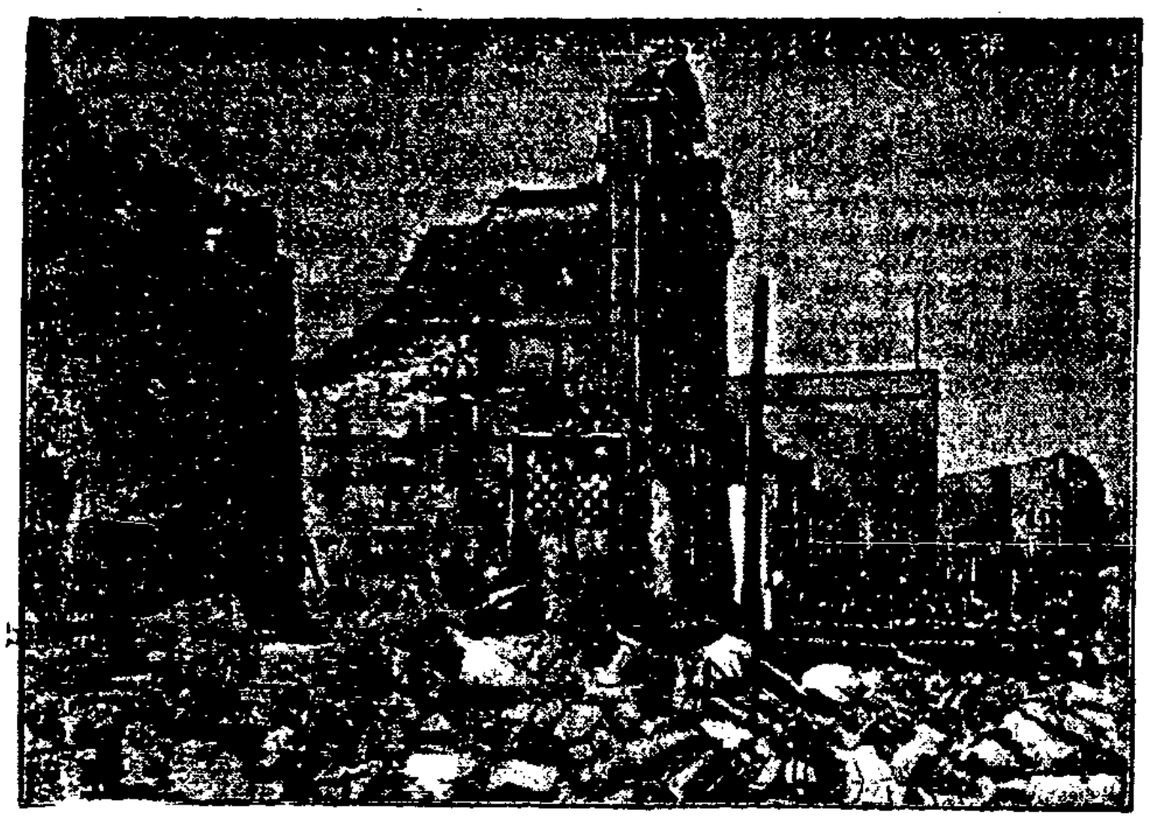
In diesem Schauspiel bindet ein Arbeitermädel aus Mitleid mit einem gasvergifteten Kriegsinvaliden an Stiefmutter sich lieben und das Mädchen tötet dann später das neugeborene Kind. Das Geschworenengericht, vor das das Mädchen zitiert wird, hat Einsicht und spricht es frei.

Nun aber kommt der lebendige Staatsanwalt der französischen Republik und donnert den Verfasser dieses wirklich harmlosen Schauspiels an, „daß er eine Atmosphäre geschaffen habe, die als Aufreizung zur Abtreibung bezeichnet werden müsse".

Und genau wie in Stuttgart unser Genosse Dr. Wolf, so antwortete auch der angeklagte Vortragskünstler tapfer, daß er nur eine neue, gesunde und vernünftige Idee vertrete. In diesem französischen Muckerprozeß traten eine Reihe von Leumundszeugen auf, die sich alle in Kampfbegeisterung vor den Angeklagten stellten. Besonders bemerkenswert war bei der Vernehmung die Erklärung des Pariser Professors Legrain, der wörtlich sagte: „Fünfzig Jahre wirke ich als Arzt und Geburtshelfer in den ärmsten Vierteln von Paris. Ich habe mindestens 1,5 Millionen Frauen kennen gelernt, die nie hätten Mütter werden sollen, und habe mindestens 1,5 Millionen Kinder in den Händen gehabt, die nach wenigen Monaten oder Jahren schon als Opfer ihrer Vererbung gestorben sind. Das Problem der Geburteneinschränkung erhebt sich also ebenso vom idealen wie vom sozialen Standpunkt aus."

Das Gericht wagte angesichts der Erregung der Pariser Arbeiterbevölkerung nicht, eine Entscheidung zu fällen. Es vertagte sich.

Selbstverständlich werden auch die französischen Arbeiter ebenso wie ihre deutschen Klassengenossen diesen reaktionären Vorstoß der Mucker durch den verstärkten Kampf gegen die Kulturreaktion beantworten.



Nach dem Erdbeben in Neuseeland

Die Erdbebenkatastrophe in Neuseeland, die Anfang Februar mehrere Städte und zahlreiche Dörfer in Trümmer legte, forderte über 1000 Menschenleben. Unser Bild zeigt eine Straße in der völlig zerstörten Stadt Napier. So sieht es jetzt allenthalben im Unglücksgebiet aus.

Furchtbarer Theaterbrand in Mexiko

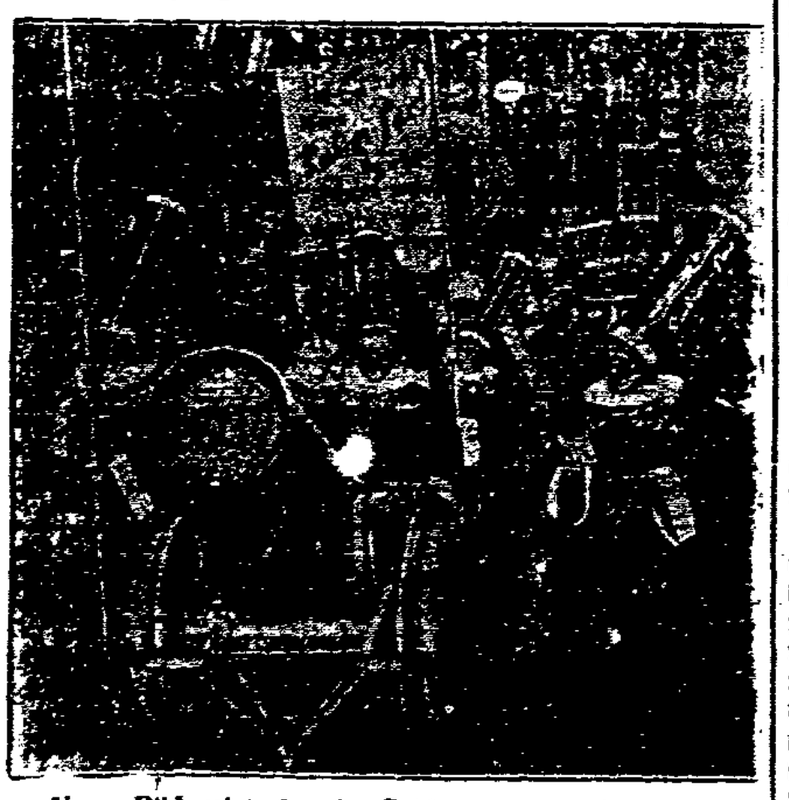
14 Zuschauer in den Flammen umgekommen

20 Personen schwer verletzt

Paris, 3. März. Am Montag hatte sich vor dem Brach in einem der ältesten Theater der Stadt Mexiko, das in letzter Zeit als Varieté benutzt wurde, ein Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Während 14 Zuschauer in den Flammen umkamen, wurden 20 in der wilden Panik, die unter den Theaterbesuchern entstand, schwer verletzt.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist der Brand dadurch entstanden, daß der alte, feuergefährliche Theatervorhang mit einem schadhaften Leitungsdraht in Kontakt gerieht und sich entzündete. Das Feuer brach in dem Augenblick aus, als nach Schluß der Vorstellung der Vorhang sich zum letzten Male hob. Hierbei kam dann der Vorhang mit der schadhaften Starkstromleitung in Berührung und ging sofort in Flammen auf. Die gesamte Feuerwehr der Stadt wurde aufgeboten, um das Feuer zu bekämpfen. Trotzdem brannte das Theater bis auf die Grundmauern nieder. Man befürchtet, daß noch mehrere Opfer unter den rauchenden Trümmern liegen.

Leipziger Reklametrommelfeuer



Unser Bild zeigt eine der Reklametruppen, die geschäftswütige Firmen anläßlich der Eröffnung der Leipziger Messe durch die Straßen Leipzigs marschieren ließen. Ob aber selbst dieses hier abgebildete „schwere Reklamegeschütz" das Absatzgebiet sturmreif schießen wird, wagen wir angesichts der Millionenarbeitslosigkeit und angesichts der ständigen Lohnabbaukampagne der Unternehmer zu bezweifeln.

Der erste Leseversuch

Unser Bild, das wir der neuen Nummer des „Arbeiterfotografen" entnehmen, stellt ein russisches Bauernkind bei seinem ersten Leseversuch dar. Auch diese Nummer des „Arbeiterfotografen" bringt neben reichen Illustrationen eine Reihe interessanter Artikel über „Fernsehen, ein fotografisches Problem", „Was sagt der Maler" usw. Der „Arbeiterfotograf" ist bei jedem Postamt zu bestellen und kostet vierteljährlich 95 Pfennig.

300 Häuser eingestürzt

Ein ganzes Dorf von der Erde verschwunden

Athen, 3. März. Durch eine Erdbewegung, die anscheinend vulkanischen Ursprungs ist, wurde das große Dorf Kolnina in der Nähe der Stadt Aegion am Golf von Corinth fast vollkommen zerstört. Ueber 300 Häuser stürzten ein und versanken in Erdspalten und Klüften. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind sieben Personen getötet und zahlreiche lebensgefährlich verletzt.

Er will im runden Sarg beerdigt werden

Irgendein spleeniger Dollarmillionär hat in seinem Testament verfügt, daß er nur in einem runden Sarge beerdigt werden wolle. Als dieses Testament aufgesetzt wurde, fragte ihn der Notar, warum denn ausgerechnet in einem runden Sarg? Antwortete der Millionär: „Damit ich mich besser im Grabe umdrehen kann, wenn es — notwendig wird". Der Mann hat Sorgen ....

Ein Denkmal aus Gummi

In Belfast wurde vor einigen Tagen dem Engländer Dunlop, dem Erfinder des Pneumatiks, ein Denkmal aus Hartgummi gesetzt. Es stellt den Erfinder in Lebensgröße dar und wurde aus einem 280 Pfund schweren Hartgummiblock unter dem ungeheuren Druck von 250 Tonnen gepreßt und 110 Stunden lang vulkanisiert.

Schülerselbstmord in Trier

An der pfälzisch-saarländischen Grenzstation Türkismühle hat sich ein Schüler aus Trier in selbstmörderischer Absicht vor die Räder eines Zuges geworfen. Er war auf der Stelle tot. Aus einem hinterlassenen Briefe, den er an seine Eltern gerichtet hat, geht hervor, daß ihm in der Schule die Eröffnung gemacht worden war, er könne Ostern nicht versetzt werden.

Ein Tiger im Eingeborenendorf

Nach einer Meldung aus Bombay hat ein Tiger in einem Eingeborenendorf in Brahmanbaria ein junges Mädchen getötet und 15 Eingeborene schwer verletzt.

Russischer Arbeiter an seinen deutschen Freund

„Wie eine russische Fabrikküche arbeitet, willst Du wissen . .?"

Leningrad, im Februar 1931.

Lieber Freund!

. . . Und nun will ich Deine letzte Frage beantworten, nämlich, wie eine große russische Fabrikküche funkt, wolltest Du doch wissen. Nun, ich werde Dir jetzt die Küche, die auf der Wassilij-Insel steht, kurz beschreiben.

Diese Küche also, die selbst so groß ist wie eine Fabrik, versorgt die Arbeiter der Leningrader Schiffswerften, die Textil-, Elektro- und Werkzeugfabriken, die Hafenarbeiter, die Angestellten der umliegenden Aemter und die Einwohner. Sie gibt täglich rund 36 000 Mittagessen heraus. Nach dem Plan werden es in diesem Jahre über 40 000 sein. 8000 Portionen werden in den zwei eigenen Eßsälen gegessen, während 24 000 Portionen in Thermoskübeln an die Fabriken gehen. In den Eßsälen besteht die Auswahl zwischen zwei Suppen und fünf Gerichten, in den Fabriken, wo also das Essen hingeliefert werden muß, zwischen zwei Suppen und zwei Gerichten. An die Fabriken geht selbstverständlich das beste Fleisch und der beste Fisch.

Ein Mittagessen, bestehend aus zwei Gängen mit Fleisch oder Fisch, kostet 35 Kopeken, mit süßer Nachspeise 43 Kopeken. Zuschläge für Bedienung oder Getränkesteuer gibt es hier nicht. In dieser Küche arbeiten 1156 Arbeiter und Angestellte, darunter rund 400 Köche und 300 „Kellner". Zur Zeit besteht noch ein großer Mangel an guten Köchen, aber eine der Küche angeschlossene Kochschule sorgt bereits für Nachwuchs.

Jeder Küchenarbeiter muß morgens vor Beginn der Arbeit eine Dusche nehmen. Dann bekommt er jeden Morgen frische Küchenkleidung. Jeder hier Beschäftigte wird in jeder Dekade ärztlich untersucht.

Unter den Essenden wird intensive Kulturarbeit betrieben. Es gibt eine rote Ecke und einen großen Leesaal. Jede Woche werden Vorträge gehalten über Ernährung, Hygiene und alle anderen der Arbeiterschaft nützlichen Fragen. Das Haus dieser Fabriken ist ein moderner Eisenbetonbau und hat 2,5 Millionen Rubel gekostet. Die Maschinen und Dampfkessel sind noch im Ausland gekauft. Doch sind sie dem Format nach für die inzwischen ins Riesenhafte gesteigerten Bedürfnisse zu klein geworden. Darum geht man jetzt daran, eigene und größere Fabriken herzustellen. Im zweiten Arbeiter- und Fabrikzentrum Leningrads ist vor kurzem eine noch größere Fabrikküche eröffnet. Diese gibt 45 000 Mahlzeiten täglich heraus.

Und wenn ich Dir zum Schluß noch sage, daß Deine Mutter nicht so gut kochen kann, da Dein Vater arbeitslos ist, wie unsere Küche, so weißt Du genug. Die Rationalisierung des Arbeiterhaushaltes in Leningrad schreitet also, wie Du hieraus siehst, mit Riesenschritten vorwärts . . .

Mit herzlichen Grüßen!

Dein C. Dobranitzkaja,
Leningrad, 4 aja Kraßnoarmaiskaja.

Die faschistische Bürgerkriegsarmee

Stahlhelm und NSDAP. provozieren

Sie wollen in den Arbeitervierteln aufmarschieren — Am Sonntag Marsch durch den Westen geplant

Arbeiter, protestiert — heraus auf die Straße!

Aus einer gut informierten Quelle wird uns mitgeteilt: „Am kommenden Sonntag (8. März) will der Stahlhelm, Ortsgruppe Breslau-Stadt und -Land, einen Werbemarsch durch Breslau veranstalten. Sonntag früh um 8 Uhr ist Antreten am Salvatorplatz, von wo es dann mit Musik in geschlossener Front durch den Breslauer Westen, d. h. Wachtplatz, Friedrich-Wilhelm-Straße, Striegauer Platz, Frankfurter Straße nach dem „Kurgarten" (Inhaber Oderbein) gehen soll. Hier findet dann im Garten ein „Feldgottesdienst" statt und hieran anschließend die Vereidigung neuer Stahlhelmmitglieder im Saale. Gegen 12.30 Uhr soll dann wieder geschlossen bis zum Salvatorplatz gezogen werden.

Das Kommando der Breslauer Schutzpolizei ist bereits über diesen Plan informiert und mit der eingereichten Marschroute einverstanden.

Der Stahlhelm wird also mit Genehmigung des Breslauer Polizeipräsidenten provokatorisch durch den Breslauer Westen ziehen.

Was planen die Nationalsozialisten?

Am Freitagabend wurden in Breslaus Straßen angebliche Extrablätter verkauft, deren Inhalt an Dreck nicht überboten werden kann. Am Schluß derselben fordern die Herausgeber dieses Mistes zu zwei großen Versammlungen der Nationalsozialisten auf. Das wäre eigentlich sonst ohne jede Erwähnung geblieben, wenn nicht die ganze Angelegenheit noch einen anderen Zweck hätte.

Und so erfahren wir aus eingeweihten Kreisen der Breslauer angeblich aufgelösten SA., daß am Mittwoch und Freitag Generalappell sämtlicher SA.-Leute von Breslau bis zur Trebnitzer Gegend im Messehof und im Schießwerder stattfinden soll.

Es wird gruppen-, zug- und standartenweise in den Gängen angetreten werden (die Herren von der IA wollen hier nichts sehen), und bei diesem Appell wird dann für Sonntag die Parole: Anschließung zur Demonstration an den Stahlhelmzug ausgegeben werden. Die Zugführer haben schon heute einen mittels Vervielfältigungsapparats herausgegebenen Befehl in der Tasche, mit allen Leuten am Sonntag um 7.30 Uhr am Stadtgraben, Nähe Salvatorplatz, sich zu sammeln.

Die Nationalsozialisten wollen bei dieser Gelegenheit außer ihren blöden Rufen noch zwei Transparente mitführen, die momentan gerade ein arbeitsloser Maler in der Sonnenstraße ausführt: „Nieder mit dem Marxismus!" und „Deutschland, erwache!"

Wir sind gespannt, wie sich die Breslauer Polizei zu der nicht gemeldeten Demonstration einer verbotenen Ortsgruppe stellen wird.

Soweit die Zuschrift. Der Stahlhelm und die NSDAP. wollen also am Sonntag aufmarschieren, und zwar nicht irgendwo, sondern im Arbeiterstadtteil des Westens. Die Polizei ist informiert und wird den Schutz übernehmen. Es handelt sich ganz offensichtlich um eine

bewußt angelegte Provokation der Breslauer werktätigen Bevölkerung,

die am Sonntag eindeutig ihren ernsten Willen zum Ausdruck gebracht hatte, die kämpfende Einheitsfront gegen den Faschismus zu formieren und sich auch die Polizeiprovokationen nicht ohne weiteres gefallen zu lassen.

Arbeiter, Werktätige, die Straßen gehören euch! Auch nicht ein Zoll wird an die Faschisten abgetreten! Protestiert gegen die unerhörte Provokation! Am Sonntag — Mann für Mann — heraus auf die Straße!

Werktätige Frauen, heraus!

Kommt restlos in die öffentlichen Frauenversammlungen! Helft mit, den Streik gegen den Lohnraub und die Volksbewegung gegen den Faschismus, für Brot und Freiheit zu organisieren! Rüstet zum Internationalen Frauentag am 8. März! Die Versammlungen finden statt: Stadtteil Nordost: Mittwoch 20 Uhr bei Kirsch, Hirschstraße, Ecke Bockstraße. Stadtteil West: Donnerstag 20 Uhr bei Hilbig. Stadtteil Ost: Freitag 20 Uhr bei Zoudlick, Königgrätzer Straße. — Am Sonntag Demonstration und Kundgebung am Neumarkt.

Aus Breslauer Gerichtssälen

Der Arbeiter . . .

Kürzlich stand der 30 Jahre alte Arbeiter Georg M. vor dem Schöffengericht, weil er das Wohlfahrtsamt um 600 Mark geschädigt haben soll. M. ist seit über drei Jahren ohne Arbeit und hat ein krankes Kind zu Hause, für das große Aufwendungen notwendig sind. Er unterließ es deshalb, das Wohlfahrtsamt, das ihm Unterstützung zahlte, davon zu unterrichten, daß seine Ehefrau durch Heimarbeit von Januar bis September Einkommen gehabt hat, das zum großen Teil auf die Unterstützung hätte zur Anrechnung kommen müssen. Wie gesagt, entschuldigte sich der Angeklagte mit seiner besonderen Notlage, die durch das kranke Kind verursacht worden ist. Trotzdem „mußte" natürlich eine Verurteilung wegen Betruges erfolgen. Man hatte nicht einmal auf eine milde Strafe erkannt, obwohl M. überhaupt noch nicht vorbestraft ist und seine wirtschaftliche Not außer allem Zweifel steht. Es handelte sich ja „nur" um einen Arbeiter. Das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis, nachdem der Staatsanwalt sogar zwei Monate beantragt hatte. Mit Arbeitern wird nicht lange gefackelt, da packt die Justizmaschine mitleidslos zu.

. . und die Baronin

Daß die Breslauer Justiz aber auch anders kann, das bewies eine kurze Zeit vorher stattgefundene Betrugsverhandlung gegen die Baronin von Rothkirch. Diese Frau hatte es verstanden, der Wirtin, bei der sie mit ihren beiden Töchtern wohnte, durch allerlei Vorspiegelungen gegen 600 Mark abzuluchsen. Die Tat wiegt um so schwerer, als die Zimmervermieterin zuerst in selbstloser Weise der Frau von Rothkirch helfend beigesprungen war, weil sie glaubte, diese befände sich in großer Bedrängnis. Daß diese Verhandlung ein äußerst trübes Sittenbild des schlesischen Adels aufrollte, sei nur so ganz nebenher gesagt. Der Sohn der Frau von Rothkirch ist nämlich Herr über sieben riesige Güter, was ihn nicht hindert, die eigene Mutter wie eine fremde Bettlerin zu behandeln, obwohl er ihr früher einmal goldene Berge versprochen hat. Immerhin bezieht Frau Rothkirch eine monatliche Unterhaltsrente, so daß von einer eigentlichen Notlage zum Zeitpunkt des Betruges nicht gesprochen werden konnte. Das geht schon daraus hervor, daß die beiden Töchter der Frau Rothkirch und auch sie selbst allabendlich in den kostspieligsten Breslauer Lokalen zu sehen waren in einer Aufmachung, die wirklich nicht von Not zeugte. Aber bei dieser „vornehmen" Betrügerin schien das keine so große Rolle vor Gericht zu spielen, ob sie aus Not gehandelt hat oder nicht, schon der Umstand, daß sie ein „von" vor dem Namen trägt, sichern ihr mildernde Umstände. Und so gelangte das Gericht, trotzdem es den Betrug für erwiesen hielt, zu einem Urteil von sage und schreibe 50 Mark Geldstrafe.

*

Wir haben absichtlich diese beiden Urteile nebeneinandergestellt, um zu zeigen, daß es bei uns zweierlei Recht gibt, eins für die Besitzlosen und eins für die Leute, die Geld oder einen klingenden Titel haben. Der Arbeiter wandert auf einen Monat ins Gefängnis, obwohl er das Delikt aus Not begangen hat — die Baronin aber, die eine arme Frau um den gleichen Betrag schädigt, kommt mit 50 Mark Geldstrafe davon! An diesen beiden Urteilen enthüllt sich wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit das Doppelgesicht der Klassenjustiz!

Mu.

Der Fünfjahrplan vor der Kamera

Heute um 20 Uhr im „Zentralballsaal", Westendstraße, Veranstaltung der Arbeiterphotographen. Eintritt 25 und 15 Pfennig. Genossen, geht hin und seht euch die tatsächlich guten Bilder an!

1250 Mark Mietengeld geraubt

Am Dienstag gegen 11 Uhr wurde ein 75jähriger Hausbesitzer, wohnhaft Rehdigerstraße, als er nach der Kassierung der Mieten im Hause Karuthstraße 19 in der Wohnung der Hausmeisterin saß in deren Invalidenkarte Marken klebte, von einem Manne überfallen und zu Boden geworfen. Der Täter raubte die auf dem Tische liegende Brieftasche des Ueberfallenen mit etwa 1250 Mark. Darauf verschloß er das Zimmer, in dem die Tat begangen worden war, von außen, um den Ueberfallenen an der Verfolgung zu hindern. Die Hausmeisterin war unter dem Vorwande, im Keller sei ein Wasserrohr undicht geworden, aus der Wohnung gelockt worden.

Marxistische Arbeiterschule

Mittwoch, den 4. März, 18 Uhr Besprechung der von den Teilnehmern des Kursus „Die politischen Grundlagen des Marxismus" eingesandten Aufsätze unter Leitung von Genossen Biewald im Lokal Mosler, Uferstraße 20. Unkostenbeitrag 10 Pf.

Donnerstag, den 5. März, 20 Uhr voraussichtlich erster Kursusabend über das Hauptthema „Hygiene, Sexualfragen und Arbeiterschaft" unter Leitung eines bekannten Breslauer Facharztes. Das Thema: „Fragen der Geburtenregelung." Lokal Mosler, Uferstraße 20. — Sollte dieser Kursus auf nächste Woche verschoben werden müssen, beginnt am gleichen Abend eine „allgemeine Arbeitsgemeinschaft" über das Programm der Kommunistischen Internationale unter besonderer Berücksichtigung der in den bisherigen politischen Kursen behandelten Themen. Mittwoch- und Donnerstag-Notiz beachten!

Auf nach Festenberg!

Am Sonntag, dem 8. März, fährt die Jugendstaffel des Kampfbundes nach Festenberg. Abfahrt 10 Uhr ab Neumarkt. Fahrpreis 60 Pfennig. Karten bei allen Funktionären der Jungstaffel und des KJVD. zu haben. Jungarbeiter, beteiligt euch zahlreich!

Russischer Film im Eden-Theater

Am 6. März läuft im „Eden-Theater", Nikolaistraße, der Film „Feuertransport". Es ist eine Produktion des Sowkinos, Leningrad. Wir fordern alle unsere Leser auf, sich die Gelegenheit, einen Russenfilm zu sehen, der die Revolutionszeit 1905 und 1906 behandelt, nicht entgehen zu lassen.

Zeugen gesucht!

Gegen unseren Genossen Zänkert aus dem Stadtteil West hat die Klassenjustiz ein Verfahren eingeleitet. Zum Anlaß hat sie Vorgänge genommen, die sich am 10. Dezember auf der Westendstraße abgespielt haben. Der Genosse Zänkert wird beschuldigt, den Anweisungen der Polizeibeamten keine Folge geleistet und sie auch ins Gesicht und vor die Brust geschlagen und in den Unterleib getreten zu haben. Da die Vorfälle sich in Wirklichkeit ganz anders abgespielt haben, fordern wir alle Kollegen und Genossen, die den Vorgang beobachtet haben, auf, sofort ihre Adressen in der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" abzugeben.

Gewerkschafts-Kino. Für diese Woche ist es gelungen, den Film „Frühling" des Regisseurs Kaufmann noch einmal für Deutschland — und zwar für die Arbeiter-Bühne im Gewerkschaftshause — von der Filmzensur frei zu erhalten. Der Film „Frühling" wurde das erstemal von der Breslauer „Volksbühne" an die Oeffentlichkeit gebracht und begeistert aufgenommen. Die ewige Veränderung in der Natur im Zeitenwechsel von Winter und Frühling hat der Filmregisseur zu einer Bildsinfonie eingefangen. Das Erwachen der Natur und des gesellschaftlichen Lebens wurde im Bilde festgehalten. Für die weitere Unterhaltung ist ein Film eingesetzt, der in fast allen Kinoländern den Zuschauern gefallen hat: „Ich hab für Sie ein bißchen Sympathie!" Auf der Bühne werden „2 Randos" Kleinkunst zeigen. Das Gesamtprogramm wird bei den Besuchern auch diese Woche großen Beifall finden. Es ist deshalb wiederum zu empfehlen, daß man die Abendvorstellung bevorzugt. Erwerbslose, die um 17 Uhr keinen Einlaß erhalten können, bekommen von dieser Zeit bis um 17,30 Uhr noch ermäßigte Karten für die Abendvorstellung.

Arbeiter, Taschen zu! Der Polizeipressedienst meldet: Im März dieses Jahres werden folgende Hauskollekten in Breslau veranstaltet: von dem Waisenhaus in Bunzlau, von dem Diakonissenmutterhaus in Breslau und von der Erziehungsanstalt Maria-Hilf in Breslau. Bei der klassenbewußten Arbeiterschaft ist für diese Schnorrerorganisation nichts zu holen. Der Arbeiter gibt sein Scherflein dem Kampffonds gegen den Faschismus!

Landesleitung der Roten Sportler. Am heutigen Mittwoch um 20 Uhr findet in Barthels Bierstuben, Lange Gasse, die Landesleitersitzung der Roten Sportler statt. Das Erscheinen sämtlicher Funktionäre und Spartenleiter ist Pflicht.

Sportverein „Fichte". Uebungsabend der Sportler und Sportlerinnen jeden Freitag von 20 bis 22 Uhr in der Turnhalle Augustastraße 28. Genossinnen und Genossen, unterstützt den Sportverein „Fichte" im Kampf gegen den Faschismus. Treibt Wehrsport!

NSV. „Fanal", Nord. Heute, Mittwoch, 20 Uhr bei Hilbig, Enderstraße 7, Versammlung. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Rote Hilfe, Süd. Donnerstag wichtige Mitgliederversammlung bei Funke.

Briefkasten

Oltaschin. K. J. Da genaue Adresse nicht angegeben und Rückfrage notwendig war, konnte die Zuschrift nicht verwertet werden.

Aus der Partei

Alle Ortsgruppen, die nicht im Laufe dieser Woche ihr Literatur-Konto in Ordnung bringen, werden in der nächsten „Schmiede" veröffentlicht. — Bezirks-Leitstelle Schlesien.

(Schluß des redaktionellen Teiles)

Das Blaue Band der Höflichkeit. Vom 23. Februar bis 23. März veranstaltet das „Berliner 8-Uhr-Abendblatt" in zwölf Städten des Deutschen Reiches einen Wettbewerb um das „Blaue Band der Höflichkeit", welches an höfliche Verkäuferinnen und Verkäufer der Ladengeschäfte zur Verteilung gelangt. In Breslau scheint die Höflichkeit besonders zu Hause zu sein, denn der Verlag vermag mit dem Druck der Massen von Stimmkarten, welche die Breslauer Geschäfte laufend anfordern, kaum nachzukommen. An dem Wettbewerb nehmen teil: Wertheim, Barasch, Petersdorff, Bielschowsky, Centawer, Chape, Messow & Waldschmidt, Wollwarenhaus Saxonia, Michels & Cie., Louis Lewy jun., Hecht & David, die Schuhwarenhäuser und viele andere.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Schirdewan, Breslau. — Für den Inseratenteil: Karl Gansdorf, Breslau. Druck: „Fortschritt" AG., Filiale Breslau.

Sonntag — Internationaler Frauentag!

Heraus zur Kundgebung um 15 Uhr am Neumarkt

Antreten um 14.30 Uhr an den einzelnen Sammelplätzen: Nord: Weißenburger Platz; Ost: Königgrätzer Straße bei Zoudlick; Scheitnig: Hirsch-, Ecke Bockstraße; West: Westpark; Zentrum: Wallstraße, am Königsplatz; Süd: Friedrichplatz.

II. Internationale vor dem proletarischen Gericht

Die ersten Verhandlungstage des Moskauer Prozesses gegen die Menschewiki — Die Angeklagten bekennen ihre Verbrechen
Der Menschewik Scher entpuppt sich als blutbefleckter Arbeiterschlächter im Solde der Kerenskiregierung

Die Eröffnung des Moskauer Prozesses

Moskau, 2. März. Gestern abend um 18 Uhr wurde im Säulensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses (vor der Revolution das Adelshaus) die Gerichtsverhandlung gegen die konterrevolutionäre Organisation „Unionsbüro des Zentralkomitees der Menschewiki" vor der Sondersession des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion eröffnet. Der überfüllte Saal, der über zweitausend Menschen faßt, und die hunderte vor dem Eingang des Gerichts Einlaß Suchenden zeugen von dem gewaltigen Interesse der ganzen Arbeiteröffentlichkeit für die erste große Verhandlung des proletarischen Gerichts gegen die Führer und Agenten der menschewistischen Sektion der 2. Internationale.

In spannender Stille des riesigen Saales werden die vierzehn Angeklagten hereingeführt und nehmen auf der Anklagebank Platz, wo vor kaum drei Monaten die Koalitionspartner der Menschewisten, die Führer der Industriepartei, entlarvt und abgeurteilt wurden. Zuerst werden die Angeklagten nacheinander aufgerufen. Ihre äußere Professorenruhe und ihr gutes Aussehen können ihre sichtliche Erregung nicht vertuschen.

Den Vorsitz des Gerichts führt der Generalsekretär des Zentralen Gewerkschaftsrates der Sowjetunion, der alte Metallarbeiter und Bolschewik Genosse Schwernik, als Beisitzer des Gerichts amtieren langjährige proletarische Kämpfer, der frühere Dumaabgeordnete und Eisenbahner Muranow und der alte Parteiarbeiter Antonow-Saratowski. Die parteilosen Verteidiger Komodow und Braude verteidigen die Angeklagten Finn-Jenoterjewski, Scher und Wolkow. Die übrigen Angeklagten verzichten auf besondere Verteidigung.

„Ich bin Menschewik!"

Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden nach ihrer Parteizugehörigkeit antworten alle Angeklagten: „Ich bin Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Menschewiki".

Ausnahmslos sämtliche Angeklagten, von denen der jüngste 39 und der älteste 58 Jahre alt ist, teilen mit, daß sie in der vorrevolutionären Arbeiterbewegung in den Reihen der Menschewiki gestanden haben (mit Ausnahme dreier in der vorrevolutionären Zeit zu den Bolschewiki gehörenden Angeklagten, die dann zu den Menschewiki-Verrätern übergegangen und bis heute Mitglieder dieser Partei sind).

Der Staatsanwalt, Genosse Krylenko, verlangt die Vorladung folgender Zeugen: Zur Klärung der Verbindung der Angeklagten mit der konterrevolutionären Kulakengruppe Kondratjew-Tscheljanow die Vorladung des Prof. Kondratjew; zur Klärung der Verbindung der Angeklagten mit entlarvten abgeurteilten Konterrevolutionären der Industriepartei die Vorladung von Ramsin, zur Feststellung der organisatorischen und finanziellen Verbindung mit der Industriepartei die Vorladung des ebenfalls verurteilten Mitgliedes dieser Partei Larischew. Somit werden vor Gericht alle Führer der großen Koalition der russischen Sektion der 2. Internationale erscheinen, die sämtlich mit Fäden zum Zentrum der sowjetfeindlichen Aktion des Weltimperialismus, sei es durch Ramsin, Poincare, sei es durch Abramowitsch, Hilferding und Vandervelde, verbunden sind. Ferner verlangt Krylenko die Vorladung einer Reihe von Zeugen zur Klärung der Schädlingsarbeit der Angeklagten, namentlich: Gwoszew, Nekrasow, Scheludkow.

Nach einer kurzen Beratung willigt das Gericht ein, die Zeugen vorzuladen. Seitens der Angeklagten und der Verteidigung werden keine Zeugen verlangt.

Darauf begann die Verlesung der Anklageschrift. 20 Vertreter der bürgerlichen Welt, alle sind anwesend.

„Ich bekenne mich schuldig!"

Nach Verlesen der Anklageschrift, die drei Stunden in Anspruch nimmt, wurde jedem Angeklagten einzeln die Frage gestellt, ob er sich der inkriminierten Taten schuldig bekenne.

Einer nach dem anderen bejahte ausnahmlos diese wichtigste Frage entweder kurz durch ja oder mit den Worten: „Ich bekenne mich schuldig!"

Daß sie sowohl den Ernst dieser Frage und den Ernst dieser Antwort in ihrer ganzen Tragweite verstanden, wurde allen klar, als sie sahen, wie ein Gromann, nachdem er mit zitternder Stimme die Frage nach seiner Schuld bejahte, gesenkten Hauptes auf die Anklagebank blickte, das tausendköpfige Arbeiterpublikum scheuend. Auch für alle anderen Angeklagten war das öffentliche Schuldbekenntnis offensichtlich eine schwerwiegende Handlung, die für die Beurteilung ihres ganzen Lebens ausschlaggebend sein soll.

Der 2. Verhandlungstag

Die **Beweisaufnahme** im Prozeß gegen die konterrevolutionäre Menschewistenorganisation begann in der heutigen zweiten Sitzung mit der Vernehmung des Hauptangeklagten Scher. Aus den biographischen Angaben, die der Angeklagte macht, geht seine aktive Teilnahme an den Oktoberkämpfen 1917 auf der Seite der Bourgeoisie, namentlich als Vertreter des Kriegsministeriums in dem Moskauer Stab des Obersten Rjabzew, des Führers der militärischen Kräfte der Konterrevolution, hervor, in welcher Eigenschaft er im Namen der Weißgardisten mit dem Revolutionären militärischen Komitee verhandelte.

In dieser Zeit war Scher **Mitglied der menschewistischen Fraktion** des Zentralvollzugsausschusses der Sowjets in Leningrad. Nach dem Sieg der Oktoberrevolution stellte er seine menschewistische Parteitätigkeit ein, ohne übrigens mit der Partei formell zu brechen. Er war in politischer Hinsicht mit den Menschewiki unzufrieden, da sie ihm noch zu wenig konterrevolutionär und zu „unbestimmt" waren.

Die erste Intervention

Nach der Oktoberrevolution begann seine Arbeit im **Zentrosojus** (Zentralrat der Konsumgenossenschaften), damals ein Nest der **Menschewiki**, die von dort aus auf das **aktivste** ihre Tätigkeit zur Vorbereitung und Erleichterung der kapitalistischen Restauration und der **Intervention** entwickelten.

Auf die ausdrückliche Frage Krylenkos nach seiner damaligen Einstellung zu der Frage der Erwünschtheit der ausländischen **bewaffneten Intervention**, antwortete der Angeklagte zuerst ausweichend, muß aber nachher, als ein Beispiel seiner **positiven Einstellung** zu dieser Frage zugeben, an den Maßnahmen der menschewistischen Direktion des Zentrosojus zur **Unterstützung der ausländischen Intervention** bereits 1918 aktiv teilgenommen zu haben, namentlich an der Durchführung des Beschlusses der menschewistischen Direktion des Zentrosojous, alle diejenigen Gebiete ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen, die von den konterrevolutionären Armeen besetzt werden sollten.

(Fortsetzung folgt)

Wirtschaftskrieg gegen die Sowjetunion

Kanada verbietet die Einfuhr sowjetrussischer Waren — Auftakt zum allgemeinen Abbruch der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion

London, den 3. März. Die kanadische Regierung hat die Einfuhr von Kohle, Holzmasse, Schnittholz, Asbest und Pelzwaren aus Rußland verboten. Dies bedeutet das Ende der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Kanada.

Zu dem Einfuhrverbot für sowjetrussische Waren nach Kanada veröffentlicht der kanadische Finanzminister Ryckmann eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Die Regierung ist überzeugt, daß Bauholz und Kohle in Rußland auf dem Wege der Zwangsarbeit gewonnen werden und daß der dortige Lebensstandard unter dem Niveau liegt, das hier denkbar wäre. Wir müssen es ablehnen, den Kommunismus, sein Glaubensbekenntnis und seine Früchte durch gegenseitige Handelsbeziehungen zu unterstützen."

Der Abbruch der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion seitens der Kanadischen Regierung ist von besonders weittragender Bedeutung. Kanada ist britisches Dominion und gleichzeitig verbinden es feste Wirtschaftsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten. Das Losschlagen Kanadas kündigt den baldigen Beginn des Wirtschaftskrieges auf der ganzen Front an.

Die Kapitalisten der ganzen Welt, **Deutschland nicht** an letzter Stelle, werden — gepeitscht von der allgemeinen Krise — bei ihren jetzigen Maßnahmen gegen die Sowjetunion nicht stehen bleiben. Amerika hat der Sowjeteinfuhr bereits erhebliche Schwierigkeiten bereitet, Frankreich hatte schon einmal ein generelles Einfuhrverbot erlassen, Belgien hat den Wirtschaftsboykott erklärt, London die Verwendung sowjetrussischen Holzes verboten — alle diese feindlichen Gesten sind **nur das Vorspiel zu der allgemeinen Wirtschaftsblockade**, die nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Einstellung der Wirtschaftsbeziehungen Kanadas zur Sowjetunion, das heißt: das England des Sozialdemokraten MacDonald und die Vereinigten Staaten werfen der Sowjetunion den Fedehandschuh hin! Er wird nicht nur von der 150 Millionen starken Sowjetbevölkerung, er wird vom gesamten Weltproletariat aufgenommen. Die internationale Arbeiterschaft registriert mit peinlicher Genauigkeit alle sowjetfeindlichen Regungen. Es wird seine Wachsamkeit, seine Kampfbereitschaft für den Sieg des sozialistischen Aufbaus noch steigern

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

51. Fortsetzung.

Die drei waren wie vor den Kopf geschlagen. War dieses Wort des Polizisten aus seinem eigenen Hirn gekommen? Wie eine Kasterlinge lief ein kalter Schauer über ihre Rücken. „Wenn alle Streikenden entlassen werden sollen, dann werden wir kämpfen, bis wir verhungert sind!"

Die drei fühlten, daß sie ihre Bauchriemen würden noch enger schnallen müssen und alle anderen mit ihnen. Worte konnten hier nichts mehr nützen, sie gaben sich keine Mühe, diese Auffassung länger zu verheimlichen.

„Ach, machen Sie sich das doch nicht so einfach, nicht wahr, jedenfalls..." fing der Vorsteher wieder an, er machte noch einmal den Versuch, die drei etwas zu beruhigen.

„Wir könnten die Sache ein bißchen geschickt aufziehen und schieben."

Die drei Arbeiter zogen ihre Augenbrauen kraus und standen schweigend auf. Nach einer Weile: „Na, wir werden überlegen."

Das war eine stärkere Ablehnung als ein glattes Nein. Der Polizeichef zog seinen Stuhl zurück und zeigte nun offen seine feindliche Haltung. „So, überlegen — hm — auch schön!"

Das war das letzte Wort in diesem Zimmer; die drei Arbeiter gingen ohne Gruß hinaus.

Als sie am Zimmer der Pressekorrespondenten vorübergingen, sprangen die Journalisten wie die Eichhörnchen heran. „Wie war's? Wird der Streik durch Vermittlung des Polizeipräsidenten beendet?" Oda schüttelte mißgestimmt den Kopf. Draußen wehte ein scharfer Wind und trieb die demütigen Rücken der drei an, die zur Haltestelle der Tramway gingen.

II.

Gerüchte

Das Wasser des Senkawa-Kanals war zugefroren.

Schwarzes Eis war in Schichten und Schollen übereinander erstarrt. Bis zum Frühlingsregen, der zwei Tage und Nächte hintereinander dauert und alle Küchen, Aborte und Fußböden in der Straße ohne Sonne überschwemmt, würde das Eis nicht aufgehen.

„Die Straße ohne Sonne" war vor Kälte und Hunger völlig erstarrt. Die riesige Fabrik, die mit ihren roten Ziegeln wie ein Gefängnis aussah, hielt noch immer die große, dicke, eiserne Pforte geschlossen. Nur durch die kleinen Notausgänge und durch die Bruchstellen in der Mauer gingen die Streikbrecher, von Werkfaschisten und Privatspitzeln begleitet, scheu und ängstlich wie die Hausmäuse. Sie wurden wie Waren verpackt auf Lastwagen in die Fabrik geschafft. Sie schliefen in der Fabrik auf Stroh.

Die geringste Bewegung der unruhigen Stimmung da draußen, auf die sie durch die dicke Ziegelmauer lauschten, beunruhigte sie.

Wenn die Gesellschaft in diesem Streik besiegt wurde, bedeutete das ihren Tod. Zwischen den stillstehenden Rotationsmaschinen flüsterten sie miteinander.

„Die Gesellschaft will ohne Bedingungen nachgeben", sagte ein Streikbrecher mit ängstlichen Augen.

„Ich habe gehört, das Innenministerium will durch das Polizeipräsidium vermitteln."

Erst standen drei beieinander, dann kamen noch fünf dazu. Tief in ihren Herzen schlug der Vorwurf des Verrats an ihren Kollegen, denen sie geschworen hatten, auf Leben und Tod mit ihnen zu kämpfen, und kroch als Angst aus den bösen Gesichtern, die die Zähne bleckten.

Die staubigen, sonst von ihren Genossen bedienten Maschinen schienen ihnen nun wie zornige, böse Ungeheuer.

In den Morgenzeitungen hatte die Nachricht gestanden, die Streikleiter seien vom Polizeipräsidenten zu einer Besprechung der Lage gebeten worden und hätten hocherhobenen Hauptes das Präsidium verlassen. Die Ungewißheit hielt sie bei der Arbeit auf, das schlechte Gewissen ließ ihnen keine Ruhe, sie blieben nicht auf ihren Plätzen.

Den Meistern trauten die Leute überhaupt nicht mehr und glaubten ihren Beschwichtigungsversuchen erst recht nicht.

Das Gekreisch einer Rotationsmaschine setzte aus, die Schriftsetzer warfen ihre Winkelhaken hin und liefen von ihren Setzkästen fort; sie rotteten sich in den Ecken zusammen und sahen sich mit unruhig flackernden Augen an.

Erst rückte ein Arbeiter in der Nacht aus der Fabrik aus, dann zwei, drei...

Auf dem Stroh umschlangen sich ängstlich die Arbeiterinnen und weinten vor sich hin. In den leeren, ungeheizten Fabrikhallen schwirrte der drohende Sturm der Gerüchte

„Hast du gehört... gestern nacht hat die Fabrikwache Herrn Sato ermordet."

„Den Meister Matsumoto aus der vierten Halle haben sie in den Kanal geworfen, jetzt ist er im Fabrikhospital."

Die Rotationsmaschinen liefen leer. Die Arbeiterin an der Thompson-Gießmaschine wurde taub vor lauter Gerüchten.

„Hast du gehört? Die Streikenden werden schon morgen die Arbeit aufnehmen."

Die Gerüchte flogen von der ersten Halle in die zweite, aus der dritten Abteilung der Rotationsdruckerei in die Gravierabteilung, in die Mile-Abteilung, die Flachdruckerei, aus den Setzersälen in die Galvanoabteilung, in die Photographenabteilung, in die Reparaturwerkstätte, die Gießerei, hin und her, mit der Schnelligkeit des elektrischen Stromes, flogen sie hin und her und wuchsen immer mehr an.

Jedes Gerücht wurde von sich spontan zusammenfindenden Gruppen diskutiert. Drei, fünf, zehn schlichen sich aus den Sälen, zuletzt versammelten sich ungefähr 300 im Rotationsmaschinensaal.

„Was wird mit uns? Hört mal, wir sind — —"

„Was wollt ihr von uns?"

Sie zankten sich, schrien und kreischten. Schon weinte ein Teil der Arbeiterinnen und Jugendlichen. Die Meister und Vorarbeiter versteckten sich, um der drohenden Gefahr zu entgehen.

„Her mit dem Verantwortlichen! Wer hat uns verraten, bringt ihn her!"

Ihre Stimmung trieb sie von einem Gerücht zum andern, wie auf der Börse.

„Jetzt sind wir doch schon am Ende, geht ins Büro!"

Einer der Aengstlichen brachte die Bombe zum Platzen: „Ja, so ist es richtig, her mit dem Fabrikdirektor!"

Wie Lumpen, die der Sturm vor sich her treibt, stürmten sie ins Bürohaus.

(Fortsetzung folgt)

II. Internationale der Kriegshetzer am Pranger

Die angeklagten Menschewiki wenden sich mit Abscheu und Empörung gegen die Auslandsdelegation und den „Vorwärts"
Sie entlarven unter Wucht der Anklage vor der proletarischen Weltöffentlichkeit die Interventionspläne der Sozialdemokratie

Moskau, Fig. Ber. Gegen Schluß der gestrigen Abendsitzung des Prozesses gegen das Unionsbüro der Menschewiki kam es zu einer politischen Sensation von internationaler Bedeutung. Im Verlaufe des Verhörs der Angeklagten verlas der Staatsanwalt Krylenko die im „Vorwärts" veröffentlichte Erklärung der Auslandsdelegation der Menschewiki, in der die Dan und Abramowitsch von den angeklagten Mitgliedern des Unionsbüros abrücken und ihre Aussagen als „erzwungene Lügen" bezeichnen. Alle Angeklagten wiesen diese Erklärung in einer dramatischen Szene mit größter Entrüstung zurück.

Nachdem die Angeklagten der Reihe nach detaillierte Angaben über die Zusammensetzung des Unionsbüros und über seine offiziellen Beziehungen zur Auslandsdelegation gemacht haben, richtete Krylenko an den Angeklagten Ikow die Frage:

„Wenn jetzt in irgendeinem offiziellen Dokument der Auslandsdelegation erklärt wird, daß sie mit der Gruppe Scher, Gromann usw. nichts gemein habe und andererseits diese Gruppe nichts mit der Auslandsdelegation gemein habe, ist das nun Wahrheit oder Lüge?"

Ikow: „Das ist eine Unwahrheit."

Krylenko: „Also eine Lüge."

Ikow: „Ja, eine Lüge."

Dann erfolgt unter großer Erregung im Saale die Verlesung der Erklärung des menschewistischen ZK. und die Antworten der Angeklagten.

Krylenko erhebt sich und verliest die Erklärung der Auslandsdelegation im „Vorwärts" vom 28. Februar.

Vorsitzender: „Wünschen die Angeklagten sich zu dieser Erklärung zu äußern?"

„Politik der doppelten Buchführung"

Nach der bejahenden Antwort der Angeklagten erteilt der Vorsitzende dem Angeklagten Gromann das Wort, der folgendes ausführt:

„Die Erklärung, welche hier verlesen wurde, kommt uns nicht unerwartet. Wir erwarteten eine ähnliche Erklärung, denn der Uebergang zur Schädlingstaktik und zur Anerkennung der Intervention ist öffentlich vor dem gesamten Weltproletariat nicht möglich. Dies wurde vor dem Weltproletariat geheim gehalten. Alles, was uns mündlich von Braunstein und von Abramowitsch, welchen wir gesehen haben und mit dem wir gesprochen haben, mitgeteilt wurde, was uns als politische Linie bezeichnet wurde, welche geheim vor dem Weltproletariat vorbereitet und verwirklicht werden muß, können wir nur bestätigen.

Daraus ist ersichtlich, daß

diese Erklärung eben die Fortsetzung der sozialdemokratischen Politik der doppelten Buchführung ist, um die konterrevolutionären Pläne vor dem Weltproletariat geheimzuhalten."

Angeklagter Scher: „Die Auslandsdelegation hat keinen anderen Ausweg, als alles das zu leugnen, was hier ausgesagt wurde und uns als Provokateure und Opfer des Terrors zu bezeichnen, welche Lügen, um ihre Haut zu retten. Es gibt nur eine Alternative. **Entweder lügen wir oder sie.**

„Interventionstaktik der Sozialdemokratie ihrem Wesen nach eigen"

Suchanow: „Nach den Erklärungen meiner Mitangeklagten habe ich nicht viel hinzuzufügen. Ich kann nur behaupten, daß die Lage der Auslandsdelegation zwangsläufig solche Deklarationen herbeiführt. Was die Leugnung der Wendung in der Taktik der Sozialdemokratie anbelangt, so kann dies nur in einem Sinne gedeutet werden: Vielleicht gibt es wirklich keine Wendung, weil

die Schädlings- und Interventionstaktik ihrem Wesen nach der Sozialdemokratie ständig eigen war".

Ein schwerer Schlag für Abramowitsch

Jakubowitsch: „Ich bin solidarisch mit den Erklärungen Gromanns, Schers und Suchanows und glaube, daß abgesehen von anderen Ursachen, die Auslandsdelegation zu diesem Schritt gezwungen war, weil

der gegenwärtige Prozeß ein schwerer Schlag für die Auslandszentrale der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei,

wie sie sich nennt, ist, ein Schlag, weil vierzehn alte, menschewistische Funktionäre durch ihre Verhaftung von der aktiven konterrevolutionären Arbeit beseitigt wurden, Personen, welche diese Arbeit führen konnten, weil sie die Möglichkeiten innerhalb der Sowjetunion besaßen, weil sie politische Namen hatten, weil sie ihre Arbeit verstecken und bemänteln konnten. Das ist ein schwerer Schlag.

Die Auslandsdelegation kann uns nicht zu Provokateuren stempeln, wie groß auch unsere Verbrechen waren."

*

Die weiteren 8 Angeklagten schlossen sich den Erklärungen ihres Mitangeklagten an. Sie bezeichneten unter größter Erregung die Erklärung der Auslandsdelegation als eine **infame Niedertracht** und als Ausdruck der **Doppelzüngigkeit** der Sozialdemokratie im Kampf gegen die Sowjetmacht.

Geheimkonferenz der Verschwörer in Berlin

Im weiteren Verlauf des Verhörs macht Berlatzki konkrete Mitteilungen über seine Zusammenkünfte mit führenden Menschewiki in **Berlin.**

Auf seiner Reise nach Amerika habe er sich in Berlin mit seinem alten Freund Nikolajewski, dem Mitglied des Zentralkomitees der Menschewiki in Verbindung gesetzt, der mit ihm **offizielle Verhandlungen** im Namen der ausländischen Menschewistendelegation führte. Die Menschewiki in der Sowjetunion, führte Nikolajewski bei dieser Begegnung aus, müßten bei ihrer praktischen Arbeit versuchen,

mit den eigenen Kräften die Sowjetmacht in jeder Weise zu untergraben und zu einer allmählichen Ausartung des Sowjetregimes beitragen,

sie müßten zu diesem Zweck möglichst viele Zellen in den Zentralinstitutionen der Sowjets bilden.

Bei seiner Rückkehr aus Amerika im November 1925 verhandelte Berlatzki in Berlin mit Dan in Anwesenheit von Nikolajewski. Dan informierte dabei Berlatzki über die

Zusammenarbeit der menschewistischen Delegation mit der II. Internationale und deren wichtigsten Sektionen

und bekundete die gleiche politische Einstellung wie Nikolajewski, indem er die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit weitgehender Zugeständnisse seitens der Sowjetmacht an das ausländische Kapital und den Privatkapitalismus in Stadt und Land betonte und die **Aktivierung der sozialdemokratischen Arbeit** in allen zugänglichen Institutionen forderte.

Die II. Internationale als Inspirator

Krylenko: „Wurden Ihnen dabei diesbezügliche Direktiven gegeben?"

Berlatzki: „Dan erklärte mir, daß er und die menschewistische Auslandsdelegation auf dem Standpunkt stehen, daß, wenn es im Interesse der Aufrechterhaltung der NEP. notwendig werden sollte, zu einer Schwächung der Tätigkeit der Institutionen, in denen die Sozialdemokraten arbeiten, überzugehen, so meinte er, daß die Sozialdemokraten diesen Weg betreten müßten. Dan erklärte mir weiter, daß diese Direktiven für die ausländische Menschewistendelegation eine klare Selbstverständlichkeit sei, doch übergeben sie dieselben den in Rußland lebenden Menschewiki als Diskussionsdirektive zur weiteren Durchberatung. Gleichzeitig erklärte mir Dan, daß alle Direktiven, die er mir gibt, von ihm

mit der Führung der II. Internationale koordiniert und in Zusammenhang gebracht werden, insbesondere erwähnte er dabei Vandervelde, den Vorstand der SPD., namentlich Hilferding und Kautsky sowie die Führer anderer sozialistischer Parteien Europas, darunter den Führer der SP. Frankreichs, Léon Blum."

Kurze Auslandsnachrichten

Die 2000 Textilarbeiter in Cours (Frankreich) stehen die fünfte Woche im Kampf. In Crest ist ein allgemeiner Textilarbeiterstreik ausgebrochen. Die Hafenarbeiterstreiks in Le Havre und La Pallice dauern trotz ungeheurem Terror fort.

★

Bei den Polizeimassakern gegen Arbeiterunruhen in Havanna (Kuba) wurden 100 Arbeiter verwundet und 30 verhaftet. Im Monat Januar wurden in der Ostprovinz 42 Arbeiter gehenkt.

★

Der Textilarbeiterstreik von Lawrence (Karolina), wo 11 000 Arbeiter gegen Lohnabbau und Rationalisierung kämpften, hat mit einem Teilsieg der Streikenden geendet.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

62. Fortsetzung.

„Was? Der Direktor ist nicht da?!"

„Dann schickt einen andern her, der uns erklären kann, wie es steht!"

Sie drängten durch die Tür ins Büro. In dem aufgeräumten Kontor, das aussah wie das Wahllokal eines durchgefallenen Kandidaten, lärmten sie, stießen sich und schrien alle durcheinander.

„Bitte, Ruhe, Ruheeee", trat der neu angestellte, schlanke Direktor vor die aufgeregten Leute.

„Meine Herren, beruhigen Sie sich, nichts davon ist wahr, daß die Streikenden wieder in die Fabrik kommen, wir verhandeln nur, aber das Gerücht ist eine Lüge!"

Doch die Streikbrecher dachten nur noch an ihre Aengste, an die finsteren Gesichter der tausend Kollegen, die morgen in großen Zügen in die Fabrik einmarschieren würden...

„Sorge dafür, daß uns nichts geschieht...!"

„Schwöre uns, daß wir jeder tausend Yen kriegen, wenn wir entlassen werden!"

Die beruhigende Stimme des Direktors hörten sie nicht mehr.

„Gib uns jedem einen Polizisten als Schutz."

Es war ihnen ernst. Todernst. Sie umringten den Direktor wie hungrige Bremsen einen Hund —

„Ihr habt uns gezwungen, Verrat zu begehen, wenn ihr uns jetzt ohne Schutz laßt, dann werden wir euch nicht leben lassen."

Der Direktor war unsicher, das Gerücht war nämlich gar kein Betrug. Die politische Protestaktion der Ronoto (Rodosha Nomin To) hatte die Entschlüsse des Polizeipräsidenten beeinflußt, außerdem hatte das Innenministerium seine Nase in die Sache gesteckt, und obwohl sich Okawa noch hartnäckig wehrte, konnte man nicht wissen, wann er seinen Entschluß ändern würde, um seine Würde als neuernannter Baron in der Oeffentlichkeit zu beweisen. Für den Direktor war Okawa der absolute Machthaber und schrankenlose Tyrann, aber dasselbe waren in diesem Augenblick diese Lumpen hier, er stand zwischen beiden eingekeilt.

„Gut, gut, wir werden sehen, wie es sich am zweckmäßigsten arrangieren läßt...", antwortete er, und gab sich Mühe, ruhig und vernünftig zu erscheinen.

„Zweckmäßig... arrangieren... damit ist nichts getan, gib uns eine schriftliche Bestätigung!"

Sie zerrten an seinem Mantel und gaben ihm keine Ruhe. Der Direktor verdrehte die Augen:

„Aber meine Herren, das hat doch keinen Zweck... wenn ich etwas schreiben würde, was wollen Sie... ich werde ja selbst entlassen..."

Es würde ihm genau so gehen, wenn Okawa seinen Entschluß änderte und wenn auch nur die halbe Zahl der Streikenden zurückkehren würde.

„Ich bin wohl Direktor, aber meine Anteile und Aktien stehen nur so auf dem Papier. Fast alle Aktien der Gesellschaft hat Herr Okawa. Ich bin auch nur ein Angestellter..."

Er konnte seine Autorität und Würde nicht mehr aufrecht erhalten.

„Lüge nicht!"

Die Streikbrecher, die selbst ihre Genossen verraten hatten, wollten ihm nicht glauben.

„Doch, das ist so, das ist die reine Wahrheit."

Unstillbare Verzweiflung und Trauer öffneten einen bodenlosen Abgrund unter ihren Füßen.

„Dann... was soll mit uns werden?"

„An wen sollen wir uns wenden?"

Sie wollten noch einmal diesen einzigen und letzten Schutz, der nun auch schwand, den Direktor, festhalten...

Aber es war vergebens. Die trügerische Hoffnung hatte nicht mehr die frühere Gestalt. Sie packten einen der Werkfaschisten an der Schulter, wie Ertrinkende nach einem Strohhalm greifen:

„Herr, was sollen wir machen?"

Der Mann mit dem Spitzbart wand sich wie ein Wurm, nahm verlegen seinen Stock von einer Hand in die andere und sagte in die leere Luft:

„Wie soll ich das wissen?"

Er war ein Tagelöhner wie sie, der jeden Tag woanders angestellt war.

★

Immer werden zwei Kräfte miteinander ringen. Der Sturm treibt die Windmühlenflügel auf beiden Seiten des Berges. Die Taktik der Gesellschaft, sich in die Breschen der Streikenden einzuschmuggeln — das immer stärkere Versiegen aller Geldquellen der Streikenden — die sich häufenden Opfer — die provozierenden Gerüchte — die Korruptionsgelder — alles drang auf die Streikgruppen ein.

Die Gesellschaft hatte der Genossenschaft die Räume gekündigt und sie gewaltsam auf die Straße gesetzt; die Restaurants, die Stützpunkte der Ernährungsabteilungen, wurden von der Gesellschaft aufgekauft und geschlossen.

Während sich die Kampffront immer mehr verbreiterte, wurde die Zahl der Streikführer immer kleiner. Durch das Netz der S-Abteilungen hindurch transportierte die Gesellschaft immer mehr von diesen merkwürdigen „Waren" auf Lastwagen in die Fabrik. Aber das war noch nicht alles. Die Gesellschaft schob ihre Hand bis in den Ausschuß der Bewohner des Koishikawa-Bezirks, der gegründet war, um die Not der Streikenden zu lindern und den Untergang des Bezirks aufzuhalten. Hier zeigte das ausgeworfene Geld am ersten seine Wirkung.

„Wir fordern Okawa auf, sich zu überlegen, ob er so hartnäckig sein will, den ganzen Bezirk untergehen zu lassen."

Die angekündigten Protestkundgebungen des Bezirks, an denen diese Resolution gefaßt werden sollte — sie fanden sonst jeden Abend statt —, waren gestern und heute schon ausgefallen.

Hagimura, Yamaura und Kamei, die ständig mit diesem Ausschuß zusammengearbeitet hatten, waren heute abend von diesen Leuten noch besonders aufgefordert worden.

Als die drei ins Büro des Ausschusses im Tempel Eme-in kamen, wurden sie von sieben mißgelaunten Gesichtern empfangen.

Bis jetzt waren Hagimura und die anderen bemüht gewesen, freundschaftlich mit dem Ausschuß zu arbeiten, sie hatten auch in gewissen Fragen immer Sympathie gefunden.

„Entschuldigen Sie unsere Verspätung, wir haben immer so viel zu tun..." sagte Hagimura, als er Platz nahm. Aber die Kleinbürger taten ganz fremd, während sich die drei Mühe gaben, ein freundliches Gesicht zu machen.

Rund um den Erdball

Arbeiterfrauen! Heraus zum Internationalen Fr auentag!

Wie die kleine Thi-Va zum Krüppel wurde

Martyrium und Befreiungskampf der indo-chinesischen Arbeiterinnen

Im „Petit Parisien", einer bürgerlichen Pariser Zeitung, veröffentlicht der Journalist Louis Roubaud erschütternde Einzelheiten über das trostlose Alltagsleben des indochinesischen Volkes, das unter der Sklavenpeitsche der französischen Imperialisten schmachtet. Wir entnehmen den Berichten des französischen Journalisten folgende Schilderungen:

Um einem Wollknäuel...

Eines Tages wird in der Textilfabrik, in der die 17jährige Thi-Va als Arbeiterin täglich ganze 15 Sous verdient, ein Diebstahl begangen. Die Schuldige, die kleine Hai, im Alter von 15 Jahren, wird entdeckt, sie hatte einige Wollknäuel entwendet. Als am nächsten Morgen Thi-Va zur Fabrik kommt, warteten zahlreiche Kameradinnen bereits. In einem Halbkreis hatten sie sich um den Pfosten einer Lagehalle gestellt. Thi-Va entdeckte bald, daß die kleine Hai mit den Händen an den Pfosten angebunden war. Plötzlich erschien der Werkmeister Thérisaux. Alles floh. Warum?

„Werde dich lehren, den Toten zu spielen!"

Der bürgerliche Journalist Louis Roubaud gibt uns folgende Erklärung:

„Niemand hatte ein Wort gesagt, niemand war schuldig, aber jede lebte in der Angst, der Mittäterschaft angeklagt zu werden. Die am schnellsten und am weitesten lief, war Thi Va. Deshalb fiel sie auch am meisten auf und lenkte die Wut des Contre-Maitre auf sich.

. . Komm hier her, Du!

Das kleine Mädchen war stehen geblieben und kauerte sich zusammen; ihre abgehärmten Arme verbargen das Gesicht. Mit einigen Schritten hatte der große Mann sie erreicht und trat ihr mit seinen schweren Stiefeln in den Leib. Die Kleine blieb auf dem Boden ausgestreckt mit offenen Augen und unbeweglichem Gesicht.

. . Ich werde dich lehren, den Toten zu spielen. Willst Du aufstehen . . . und schneller als sonst!

Blindwütig trat er weiter auf das Kind ein, bis er merkte, daß sein Opfer wirklich besinnungslos war. Sodann rief er jemand herbei, verlangte die Adresse der Arbeiterin und ließ sie nach Hause bringen.

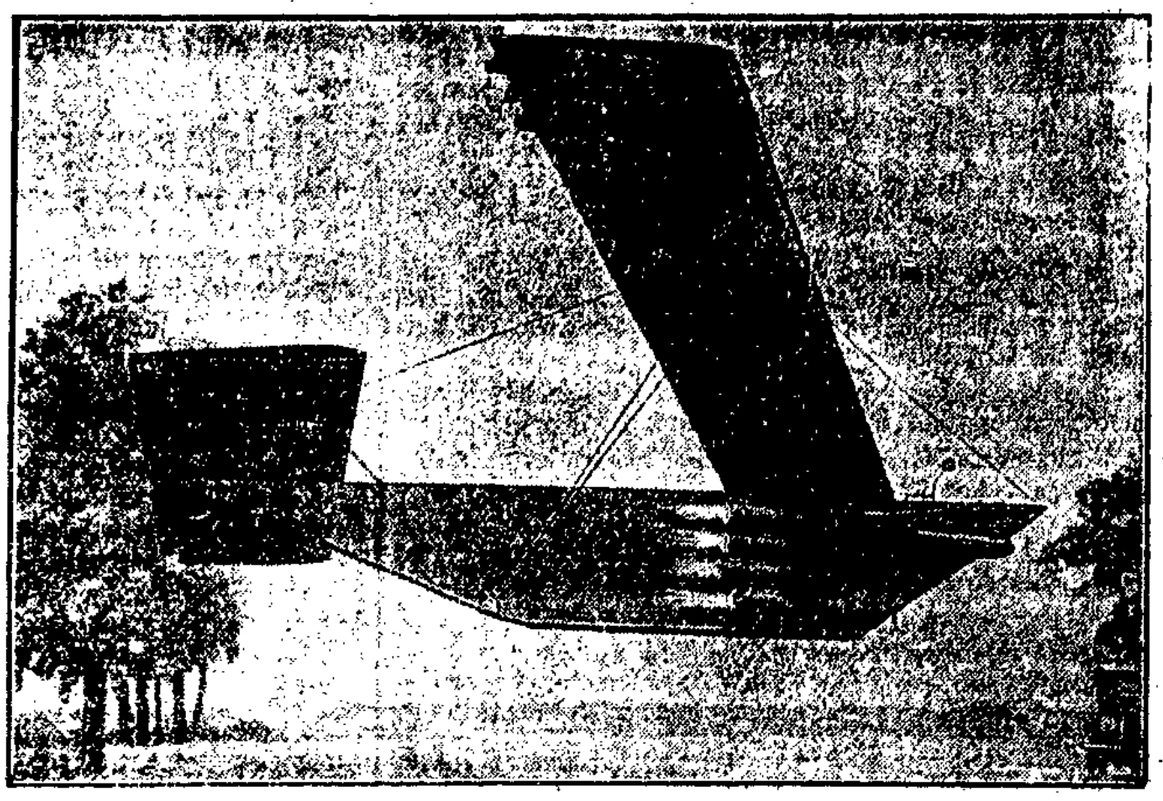
Ihr Bruder empfing sie, legte sie auf die Seite, versuchte sie zum Bewußtsein zurückzubringen, flößte ihr zwischen den zusammengepreßten Lippen warmen Tee ein. Als sie das Bewußtsein nicht erlangte, transportierte er sie zum Kommissariat. Der Commissaire lieferte sie ins Spital ein, wo es einem Arzte gelang, sie mittels etlicher Aetheveinspritzungen zum Bewußtsein zurückzurufen.

Am nächsten und an den folgenden Tagen litt das junge Mädchen entsätzlich infolge ihrer Lebensverletzungen. Thi Va war für ihr ganzes Leben zum Krüppel geschlagen."

Die Kolleginnen von Thi Va jedoch überwanden nach diesem schrecklichen Erlebnis ihre Angst, sie streikten gegen die unmenschliche Behandlung und setzten sich bei einer Demonstration wacker gegen französische Polizei zur Wehr. Sie werden ihre Befreiung erkämpfen.

Ein neues Raketen-Flugzeug

Der vollkommen neue Typ eines Raketen-Flugzeuges wird augenblicklich in Kalifornien erprobt. Der Apparat ist ganz aus Duralluminium konstruiert und wird durch 38 Raketen betrieben. Unser Bild zeigt das neue Raketen-Flugzeug kurz nach dem Aufstieg.



Widerliche polnische Stiefellederei

200 Zentner Postkarten für den Henker Pilsudski

Warschau, 4. März. Um die „Liebe" der geprügelten und gefolterten polnischen Bevölkerung zu dem Henker Pilsudski um ein Weniges zu steigern, ist in Warschau ein Komitee zusammenkommandiert worden, um Pilsudskis Namenstag, der sich bekanntlich augenblicklich auf Madeira hinter Stacheldrahtschutz in der Sonne strahlt, feierlichst zu begehen. Dieses Eunuchenkomitee hat fünf Millionen Postkarten herstellen lassen, die den Schulkindern jetzt von den Lehrern zum Ankauf „empfohlen" (lies: mit dem Rohrstock) werden.

In Lemberg wurden sogar die Gastwirte gezwungen, je 200 bis 1500 Karten zum Verkauf anzubieten. Alles in allem wird dem hungernden polnischen Volk zugemutet, für die Namenstagsfeier ihres Henkers 2½ Millionen Zloty aus dem Fenster zu werfen. Und zwar 750 000 Zloty für den Kartenverkauf, ebensoviel für die Pilsudski-Klebemarken und endlich eine Million Zloty für das Porto nach Madeira. Die fünf Millionen berechneten Postkarten würden also, wenn jede zwei Gramm wiegt, 200 Zentner oder zehn Tonnen Gewicht haben. Polen soll, wie wir weiter vernehmen, ebenfalls zu den „christlichen Kulturstaaten" gehören...

Ein Segler mit sechs Mann gesunken

Während des schweren Sturmes der letzten Tage ist in der Nähe von Genua ein sizilianischer Segler gesunken. Die Besatzung, die aus sechs Mann bestand, fand dabei den Tod.

Monarchie oder Republik?

Die Staatsformen Europos Anf. 1931

(Pressegeographie)

Vor dem imperialistischen Weltkrieg war Europa der Kontinent der „gottgewollten" Monarchien. Nur Frankreich, die Schweiz und Portugal stellten bürgerliche Republiken dar. Heute stehen 17 Monarchien in Europa ebenso vielen Republiken gegenüber, darunter als die einzige richtige Staatsform der Arbeiter, die Sowjetunion. Nach der Einwohnerzahl und Fläche ist die republikanische Staatsform gegenwärtig die weitaus überlegendste in Europa, wie dies nachfolgende Zusammenstellung zeigt.

Monarchien	2 884 000 qkm	184 Mill. Einwohner
Bürgerl. Republiken	2 476 000 „	177 „ „
Räterepublik (europ. Teil der Sowjetunion)	5 970 000 „	116 „ „
Europa insgesamt:	11 330 000 qkm	477 Mill. Einwohner.

Sonntags: Schmalziger Kanzelredner; Wochentags: gerissener Verbrecher

Ein Pfaffe und drei Autos . . .

Neuenklitscher Pfaffe zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt

Magdeburg, 4. März. „Hochwürden" Krüger, Seelsorger aus Neuenklitsche, aus dem Kreise Jerichow, hatte sich wegen Amtsunterschlagung und Betrugs vor dem Großen Schöffengericht in Burg bei Magdeburg zu verantworten. Der erst 30jährige treue Diener der Kirche wird beschuldigt, in den letzten Jahren Pachtgelder und Steuern unterschlagen, Vorschüsse unberechtigterweise aus den Kassen entnommen und einen „Arbeitskollegen" um 3000 Mark geneppt zu haben. Insgesamt hat „Hochwürden" durch einen Rattenschwanz von raffinierten Tricks und Schiebungen 7600 Mark erbeutet.

Großes Aufsehen erregte im Verlaufe der zweitägigen Gerichtsverhandlung die Eröffnung, daß sich „Hochwürden"-Angeklagter kurz hintereinander den aufreizenden Luxus erlaubte, dreierstklassige Autos zu kaufen. Selbst der Staatsanwalt mußte zugeben, daß sein akademischer Klassengenosse, in einem Falle, in dem er einen Geldschrankeinbruch fingiert hat, wie ein „gerissener Verbrecher" gehandelt habe. Mit vor Erregung zitternder Stimme stellte der Vertreter der Staatsautorität fest, daß Krüger „das Ansehen des Pfarrerstandes schwer geschädigt habe". Er krönte seine moraltriefende Anklagerede mit der Beantragung einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und einem Monat.

Das Gericht hat in diesem Fall mehr Verständnis für die Bedürfnisse eines Mannes, der am Sonntag von der Kanzel die Armut als „gottgewollte Einrichtung" hinstellte und wochentags wie ein gerissener Verbrecher seine Mitmenschen beschwindelte. Es erkannte wegen Unterschlagung und Untreue in zwei Fällen und wegen Betrugs in einem Fall lediglich zu einer Gesamtstrafe von 6 Monaten Gefängnis.

Postraub auf dem Barmer Bahnhof

Wilde Flucht über die Geleise

Barmen, 4. März. Am Mittwochmorgen bei Einlaufen des Berliner D-Zuges spielte sich auf dem Barmer Hauptbahnhof ein aufsehenerregender Vorfall ab.

Soeben hatte ein Postbeamter die Postsäcke ausgeladen, als plötzlich ein Mann auf ihn zustürzte und ihn mit vorgehaltenem Revolver zwingen wollte, die Postgeldsäcke herauszugeben. Der Beamte weigerte sich und rief um Hilfe. In diesem Augenblick entriß der Täter dem Beamten einen Sack und ergriff damit über die Gleise hinweg die Flucht. Die Verfolger hielt sich mit der Waffe vom Leibe und entkam so in der Dunkelheit in die Wälder von Tölleturm.

Düsseldorfer Massenmörder-Prozeß am 13. April

Nach einer Meldung der Düsseldorfer Justizpressestelle soll voraussichtlich am 13. April gegen den Düsseldorfer Massenmörder Peter Kürten verhandelt werden. Gegen ihn ist das Hauptverfahren wegen Mordes in 9 Fällen und wegen Mordversuchs in 7 Fällen eröffnet worden.

Deutscher Kali-„Spez" für die Sowjetunion

„Nur 5 Fragen möchte ich an die Rußlandhetzer richten . . ."

Ein zur Zeit von Sowjetrußland in der Umgebung von Hannover auf Urlaub weilender ehemaliger Obersteiger eines deutschen Kalibergwerkes sendet uns das folgende Schreiben, in dem er sich nicht wenig über die Rußlandhetze der bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen entrüstet. Wie man aus dem Schreiben feststellen wird, ist dieser „Spez" kein Kommunist, aber alles in allem ein aufrichtiger Freund der Sowjetmacht.

Zur Zeit Empelde bei Hannover, 1. März 1931.

Im November vorigen Jahres ging ich nach Sowjetrußland zum Abteufen der Kalischächte für den sowjetrussischen Kalitrust nach Solikamsk im Uralgebiet. Am 23. Februar d. J. kam ich nach Deutschland zurück, um Frau und Kind nachzuholen. Entsetzt war ich über die in der deutschen Presse verbreiteten Meldungen. Wenn eine Presse, die die Interessen der „Arbeitgeber", somit die Interessen des Kapitals, wahrzunehmen hat, Ungünstiges über russische Wirtschaftsmethoden berichtet, so kann ich das voll und ganz verstehen. Unverständlich bleibt mir jedoch, wie eine Presse, die vorgibt, die Interessen der „Arbeitnehmer" wahrzunehmen (wie man sieht, hat der Schreiber noch die Illusionen, daß die sozialdemokratische Presse die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. D. Red.), Schlagworte prägt, wie: „Lieber in Deutschland arbeitslos als in Rußland arbeiten." Ich möchte nur fünf Fragen an die Schreiber solcher Hetzartikel richten:

1. Waren Sie schon einmal arbeitslos?
2. Kennen Sie die materiellen und besonders die „seelischen" Nöte eines Arbeitslosen?
3. Ist Ihnen bekannt, daß in Sowjetrußland die Arbeitslosigkeit liquidiert ist?
4. Daß die Betriebsführer aller Betriebe über Mangel an Arbeitskräften klagen?
5. Daß in allen russischen Handesvertretungen qualifizierte Arbeiter aller Kategorien Schlange stehen, um Rußland-Engagements zu erhalten?

Wer berichtet, daß das russische Volk hungert und die Arbeiter dort durch Zwang zur Arbeit angehalten werden, sagt bewußt die Unwahrheit. Die Hetze gegen die UdSSR. in der deutschen Presse hat dem deutschen Wirtschaftsleben ungeheuren Schaden zugefügt . . .

Kurz zusammenfassend kann ich persönlich nur noch folgendes sagen: Ich habe in meiner 34jährigen Tätigkeit in der deutschen Kaliindustrie nie eine derartig vornehme, korrekte und entgegenkommende Behandlung erfahren, wie drüben im sowjetrussischen Kalitrust.

E. Hoppe,
Obersteiger im russischen Kalitrust, zur Zeit auf Urlaub in Empelde bei Hannover.

Sonntag — Internationaler Frauentag!

Heraus zur Kundgebung um 15 Uhr am Neumarkt. Antreten um 14.30 Uhr an den einzelnen Sammelplätzen: Nord: Weißenburger Platz; Ost: Königgrätzer Straße bei Zoublick; Scheitnig: Hirsch-, Ecke Bodstraße; West: Westpark; Zentrum: Wallstraße, am Königsplatz; Süd: Friedrichplatz.

Werktätige Frauen, kommt in die Versammlungen:

Stadtteil West: Donnerstag 20 Uhr bei Hilbig, Posener Straße, Ecke Lange Gasse. Stadtteil Ost: Freitag 20 Uhr bei Zoublick, Königgrätzer Straße. Stadtteil Nord: Freitag 20 Uhr im „Bergkeller". Stadtteil Zentrum: Freitag 20 Uhr bei Arndt, Malergasse. Stadtteil Süd: Freitag 20 Uhr bei Funke, Zobtenstraße.

Vorwärts, Straßenbahner zum Siege der roten Einheitsliste!

A. K. Der Betriebsrätewahlkampf hat begonnen. Auf der einen Seite kämpfen die nationalsozialistischen und sozialfaschistischen Bonzenanwärter in einer Front für die „christliche" und „freie" Bonzenclique; auf der anderen Seite kämpfen revolutionäre Arbeiter um die Befreiung der Arbeiterklasse, um die sofortige Erhöhung des Lebensniveaus, um sofortige betriebliche Verbesserungen für die Arbeiter. Revolutionäre und Konterrevolutionäre im Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Straßenbahner unter ihre Fahnen. Konterrevolution bedeutet Lohnabbau, Mietenerhöhung, Steuern, Ausbau des Strafsystems, die Knute auf dem Buckel der Arbeiter. Revolution — den siegreichen Vormarsch des Proletariats, die Diktatur der Arbeiter über ihre Peiniger und Ausbeuter. Jeder, der von euch verlangt, daß ihr diesem Staat, diesem Magistrat Opfer bringen sollt, jeder, der euch mit Phrasen die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, die betrieblichen Verschlechterungen klarmachen will als eine Notwendigkeit, ist ein Konterrevolutionär.

Versuchen euch nicht die Strachotta, Kaboth, Rudolf usw. immer und immer wieder die „Unmöglichkeit" eurer berechtigten Forderungen vor Augen zu führen? Straßenbahner, sagt diese Sorte Betriebsräte euch nicht immer, in der heutigen Situation sei ein Kampf um Verbesserung der Lebensbedingungen „unmöglich", in einer Zeit, in der man ihren Genossen noch

Tausende und aber Tausende an Gehältern zahlt,

in welcher die Kapitalisten ungeheure Summen an Dividenden und Subventionen einstecken? Straßenbahner, in einer Zeit, in welcher ihr als Betriebsarbeiter, die Erwerbslosen in immer größeres Elend gestoßen werdet, sollt ihr ruhig sein? Diese Sorte Betriebsräte berauscht sich an den Paragraphen des Betriebsrätegesetzes, welches in seiner jetzigen Form eine ungeheure juristische Bindung der Arbeiter ist, sie berauschen sich an dem Schwindel von der Wirtschaftsdemokratie. Diese Betriebsräte werden um Paragraphen, theoretische Phrasen und auf der Jagd nach Posten zu Verrätern an den Arbeitern. Straßenbahner, befreit euch bei diesen Wahlen von diesen Leuten.

Schwenkt ein in die rote Einheitsfront,

die revolutionären Betriebsräte der Straßenbahn haben immer und zu jeder Zeit versucht, durch Anträge und Mobilisierung der Belegschaft bei der sie bedrohenden Verschlechterungen, diese abzuwehren und in das Gegenteil umzuwandeln. Wenn größere Erfolge diesen revolutionären Betriebsräten noch nicht möglich waren, so deshalb, weil ihr in eurer Mehrheit noch bei jenen Konterrevolutionären gestanden habt, weil ihr diesen Gegnern noch das Recht gabt durch eure Wahl, gegen euch zu entscheiden. Seid ihr gewillt, für die Verbesserung eures Lebensniveaus zu kämpfen, seid ihr gewillt, jene Postenjäger und Cliquenkämpfer zu liquidieren, so helft an den Wahltagen der roten Einheitsliste zum Siege!

Kampfprogramm!

Die Kollegen, die auf der Einheitsliste der Betriebsarbeiter und Straßenbahner kandidieren, werden verpflichtet, für folgende Forderungen einzutreten und an der Spitze der Betriebe dafür zu kämpfen.

1. **Für die Herstellung der kämpfenden Einheitsfront der Arbeiter im Betriebe, gegen den Streikbruch, Ausschluß von Spaltungsterror der Gewerkschaftsbürokratie.**
2. **Gegen jeden Pfennig Lohnabbau, auch gegen den indirekten Lohnabbau mit Hilfe der Bürger- und anderen Steuern, für Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich, für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit, für einen größeren Schutz für Arbeiterinnen und Jugendliche.**
3. **Gegen kapitalistische Rationalisierung.**
4. **Für die Stärkung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition und Ausbau eines Vertrauensmännerkörpers.**
5. **Für den Ausbau der sozialen Einrichtungen (für ausreichende Badegelegenheiten während der ganzen Woche, für genügende Beheizung der Hallen und Werkstätten).**
6. **Für ausreichende Schutzkleidung.**
7. **Für Abschaffung des Strafsystems.**
8. **Für die Gewährung eines Nachtdienstzuschlages.**
9. **Für Beseitigung des Antreibersystems.**
10. **Für Auszahlung des Lohnes der Schichtarbeiter beim Verlassen des Betriebes.**
11. **Zahlung aller sozialen Lasten durch den Unternehmer.**
12. **Für eine Abänderung der Urlaubsbestimmungen: als Urlaubstage dürfen nur Werktage berechnet werden.**
13. **Gegen Ueberstunden, für Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.**

Marxistische Arbeiterschule

Der Kursus für Hygiene, Sexualfragen und Arbeiterschaft beginnt mit dem heutigen Abend. Ein bekannter Breslauer Frauenarzt spricht über das Thema: „Fragen der Geburtenregelung." Er wird unter anderem auch die Schwangerschaftsverhütung behandeln. Die Kursusgebühr beträgt für sechs Abende 60 Pfennig, für den einzelnen Abend 15 Pfennig. Der Kursus wird im Lokal Mosler, Uferstraße 20, abgehalten. Er beginnt heute um 20 Uhr.

Agitationsbezirk der Roten Sportler. Sonnabend Vereinsvertretersitzung in Barthels Bierstuben, Lange Gasse. Jeder Verein ist verpflichtet, zwei Vertreter zu entsenden, die mit einem Ausweis des Vereins versehend stimmberechtigt sind. Sämtliche Funktionäre des Bezirks haben dort zu erscheinen.

Sportverein „Fichte". Uebungsabend der Sportler und Sportlerinnen jeden Freitag von 20 bis 22 Uhr in der Turnhalle Augustastraße 28. Genossinnen und Genossen, unterstützt den Sportverein „Fichte" im Kampf gegen den Faschismus. Treibt Wehrsport!

Auf nach Festenberg!

Am Sonntag, dem 8. März, fährt die Jugendstaffel des Kampfbundes nach Festenberg. Abfahrt 10 Uhr ab Neumarkt. Fahrpreis 60 Pfg. Karten bei allen Funktionären der Jungstaffel und des KJVD. zu haben. Jungarbeiter, beteiligt euch zahlreich!

Und wieder die Haase-Brauerei

Offenbar hat Herr Ingenieur Hoffmann, der vom Urlaub zurückgekehrt ist, unseren Artikel über „Unhaltbare Zustände in der Haase-Brauerei" nicht gelesen oder dachte, wir würden uns mit einem Schriftsatz zufriedengeben. Aber solange Ingenieur Hoffmann seinen Schnauzton wie „Los, los!" usw. sich nicht abgewöhnt hat, werden wir nicht ruhen, bis wir auch diesem Herrn den Inhalt des Buches Knigges „Umgang mit Menschen" beigebracht haben. Eine Kleinigkeit besser ist zwar Kellermeister Schicke, der als ehemaliger Kellege seinen Untergebenen Ausdrücke wie „Ihr alten Treckschweine", „Idioten" u. a. m. an den Kopf wirft. Ebenfalls Herr Senftleben, der stadtbekannte Streikbrecher, scheint für die Arbeiterinnen sehr viel übrig zu haben, da er in den Unterhaltungen mit Arbeitern Ausdrücke und Witze zum Ausdruck bringt, die ein „Vorgesetzter" für sich behalten könnte.

Was tut sich bei den Angestellten? Ist ein „Vorgesetzter" arbeiterfreundlich, so wird bald ein Grund gefunden, um ihn auf die Straße zu setzen. Was sagt der Angestelltenrat dazu?

Arbeiter werden entlassen, aber in den Unterkunftsräumen sehen Wände und Decken eher einem Rauchfang ähnlich als Umkleideräumen. Unter den Heizungsrohren sitzen die Schwaben zu Hunderten. Legt man ein Kleidungsstück auf die Bank oder den Tisch, und klopft darauf, so entwickelt sich binnen ein paar Sekunden ein solches Schwabengewimmel, daß einem der Appetit zum Essen vergehen kann. Auch Mäuse sind nicht seltene Badegäste, welche sogar das Frühstücksbrot im Spind nicht verschonen. Alles das sind Zustände, um welche sich Paul einmal kümmern müßte.

Kollegen, seid auf der Hut!

Wählt bei der kommenden Betriebsratswahl die Einheitsliste der Betriebsarbeiter von Haase!

Instruktionskurse für unsere Landarbeit!

am Sonntag, dem 8. März,

Schweidnitz, bei Hübel, um 9 Uhr.

Vertreten müssen sein alle Ortsgruppen der UB. Schweidnitz und Langenbielau sowie Vertreter der UB.-Leitungen Glatzer Bergland, Waldenburg, Riesengebirge und Neurode.

Breslau, „Gelber Löwe", Oderstraße 23, um 9,30 Uhr.

Vertreten müssen sein alle Landobleute der Stadtteile und Zellen der Breslauer Ortsgruppe sowie alle Ortsgruppen im UB. Breslau und Brieg, Ohlau und Oels.

Haynau, Lokal und Zeit wird noch bekannt gegeben.

Vertreten müssen sein alle Ortsgruppen der UB. Liegnitz und Bunzlau sowie Vertreter der UBL. Görlitz und Lauban.

Neusalz, Lokal und Zeit wird noch bekannt gegeben.

Vertreten müssen sein alle Ortsgruppen der UB. Grünberg, Glogau, Sagan.

✦

Am Sonntag, dem 8. März, abends, müssen in allen UB.-Vororten sofort Sitzungen der UB.-Leitungen stattfinden, die zu den Ergebnissen der Instruktionskurse Stellung nehmen. Das gleiche muß in allen Ortsgruppen durch die Ortsgruppenleitungen geschehen, die auf dem Kursus vertreten sind. Sitzungen sofort festlegen.

Bezirksleitung.

„Sozialistische Republik" verboten

Köln, 4. März. Wegen angeblicher Beschimpfung des Reichspräsidenten ist die „Sozialistische Republik" vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz auf die Dauer von 14 Tagen verboten worden. Die Beschimpfung Hindenburgs soll in einem Artikel: „Bittgang der Reformisten und Christen zum Stahlhelm-Hindenburg" erfolgt sein.

Sind Arbeiterinnen „Saubande" und „Schweine"

Aus der Zigarrenfabrik Steindorf — Kolleginnen, wählt einen roten Betriebsrat

A. K. Der Werkmeister John in der Zigarrenfabrik Steindorf fühlt sich als sehr großer Mann. Bei jeder Gelegenheit beschimpft er die Zigarrenarbeiterinnen mit „verfluchte Saubande", „Schweine" und dergleichen. Auch mischt er sich in häusliche Angelegenheiten der Frauen hinein, obwohl ihn diese nichts angehen. Die Wände der Arbeitsräume haben seit 18 Jahren keinen frischen Kalk gesehen. Der Fußboden ist ebenfalls seit Jahren nicht mehr gewaschen worden. Dem Herrn John raten wir dringend, seine Aeußerungen zu unterlassen. Auf Drängen der Arbeiterinnen wurde von der Kommunistischen Partei eine Belegschaftsversammlung einberufen und der Beschluß gefaßt, in Zukunft sich die Beschimpfungen nicht mehr gefallen zu lassen. Nach der Versammlung wurden einige Genossen zu einer Aussprache mit John eingeladen. Die Genossen sind nicht hingegangen, weil wir die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen am Verhandlungstisch nicht durchsetzen können, sondern nur im Kampf.

Tabakarbeiterinnen, schart euch um die RGO., wählt einen Betriebsrat, der an eurer Spitze den energischen Kampf gegen alle Mißstände im Betriebe und für Verbesserung eurer Arbeitsbedingungen aufnehmen muß.

Marschiert auf am Internationalen Frauentag zur Kampfdemonstration für eure Forderungen!

Brieg

Sympathiekundgebung mit den Strehlener Angeklagten

Anläßlich des dreitägigen Landfriedensbruchs-Prozesses gegen 13 Strehlener Arbeiter hatte die Rote Hilfe hier zu einer Protest-Kundgebung gegen die Klassenjustiz und gegen das zu erwartende Klassenurteil aufgerufen. Fast 1000 Arbeiter waren auf dem Ringe erschienen, um den Ausführungen der Genossen Frost und Flegel zu lauschen. Genosse Flegel sprach ausführlich über den Verlauf der dreitägigen Verhandlung. Als er bekannt gab, daß der Vertreter der Staatsanwaltschaft 67 Monate Gefängnis für die Arbeiter beantragt hat, da setzte ein Sturm der Entrüstung unter den erschienenen Arbeiterfrauen und -männern ein. Anschließend an die Kundgebung demonstrierten die Arbeiter durch die Straßen, um die Urteilsverkündung des Gerichts abzuwarten. Als um ½7 Uhr die Verhandlung beendet war, marschierten fast 2000 Menschen vor dem Gerichtsgebäude auf, um die Strehlener Arbeiter abzuholen. In Marschkolonnen ging es nochmals nach dem Ringe, wo neben einigen Genossen aus Brieg der „Rädelsführer" von Strehlen, der Genosse Andreazza, sprach. Mit einem kräftigen „Rot Front" fand die spontane Massenkundgebung ihr Ende.

Briefkasten

Festenberg. Infolge Stoffandrang mußte der Artikel zurückgestellt werden. Er erscheint am 7. März.

Nicht vergessen

zu jeder Mahlzeit

Christ-Brot essen

Trinken Sie Wermutwein — er erhält und fördert Ihre Gesundheit!

Deutscher Wermutwein, die deutsche Edelmarke . . . . . 1/10 Ltr.-Gl. **15** Pf., 1/1-Fl. **90** Pf.
Italienischer Wermutwein „Emilio", magenstärkend . . . 1/10 Ltr.-Gl. **15** Pf., 1/1-Fl. **90** Pf.
. . . und bei Magenverstimmung tut Wunder ein Gläschen Faches Magendoktor (50 %), ärztlich empfohlen . . . . . Glas **15** und **30** Pf., 3/4-Fl. **3.75**

Preise ohne Flasche

Waldenburger Bergland

Weißstein, das „zweite Wien"

Will der Herr Maffert Proletarierfrau zum Irrsinn treiben?

Seit dem 15. September bewohnt der Wohlfahrtsamts-Unterstützungsempfänger Wilhelm Vogt eine Notwohnung auf der Hauptstraße 87. Gemeindeobersekretär Maffert versprach Vogt unter Zeugen eine Wohnung im großen Hause, sobald eine solche frei wird. Am 13. Februar wurde durch Ableben einer Witfrau eine 16 Quadratmeter große Stube frei, die Vogt, gestützt auf das Versprechen des Herrn Maffert und das schriftliche Einverständnis des Hausverwalters, bezog. Der vorherige Tausch wurde durch den plötzlichen Tod der Witfrau nicht möglich, jedoch bestätigte deren Tochter schriftlich das Einverständnis ihrer Mutter vor dem Tode. Dem glücklichen Vogt sollte aber keine ruhige Stunde beschieden sein. Er hatte mit dem Menschenfreund Maffert nicht gerechnet. Am 26. Februar vormittags verlangte der Hauptwachtmeister der Kommunalpolizei an der verriegelten Tür im Feldwebelton Einlaß. Die kranke Frau schleppte sich aus dem Bett bis zur Tür, um zu öffnen. Als der Hauptwachtmeister den Befehl gab, alle Sachen zu packen, da die Stube am 28. Februar wieder geräumt werden müsse, erlitt die Frau einen Nervenzusammenbruch. Anstatt der Kranken Hilfe zu leisten, verließ Kretschmer die Wohnung, ohne wenigstens andere Hausbewohner hinzugerufen zu haben.

1½ Stunden mußte die Kranke hilflos auf dem Fußboden liegen, bis ihr Mann nach Hause kam. Das elf Monate alte Kind war aus dem Bett gefallen und hatte sich eine Verletzung zugezogen.

Schon am 20. Februar erlitt Frau Vogt im Amtszimmer des Herrn Hertwig einen solchen Anfall und wurde von der Kommunalärztin untersucht. Am Sonnabend, dem 28. Februar, wurde die Kranke mit dem Sanitätsauto ins Krankenhaus transportiert.

Nach dem Abtransport nahmen vier Gemeindearbeiter, zwei Schupobeamte und Herr Kretschmer die Zwangsräumung vor. Die schwer erarbeiteten Möbel stehen aufeinandergeschichtet nun wieder in dem unbewohnbaren Loch, und dem Machtbedürfnis Masserts ist Rechnung getragen.

Es lohnt sich durchaus, dieses Loch, von dem selbst ein Schupobeamter sagte, daß sein Kaninchenstall besser sei, zu beschreiben. Hier ist es: 14 Quradratmeter groß, 6 Quadratmeter Dielen ausgefault. An den Wänden dicke Schimmelpilze, der Ofen zum Einfallen, in Fenster und Tür starke Risse. Vor den Fenstern die Aschengrube.

Dort hinein wurde Vogt vor fast sechs Monaten mit einer gesunden Frau, einem gesunden Kinde und guten Möbeln gesetzt. Und heute? Eine kranke, fast bis zum Irrsinn gequälte Frau. Das Kind ist überwiegend anderwärts untergebracht. Die mühsam erarbeiteten Möbel sind stark ruiniert. Alle Bemühungen Vogts waren resultatlos. Herr Maffert erachtete es nicht einmal als notwendig, trotz Einladungen, die Wohnungskommission zur Besichtigung hinzuführen.

Worin bestand nun die Verbesserung, auf die Vogt berechtigten Anspruch zu haben glaubte? Sechzehn, anstatt vierzehn Quadratmeter, also zwei Quadratmeter mehr zur Bewegung für drei Personen. Vor allen Dingen aber eine gesunde Wohnung. Er war zufrieden damit und verlangte nicht eine Wohnung im Ausmaße derjenigen von Maffert, dem als deutschem Staatsbürger mit derselben Familienkopfzahl ganz andere Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Eine Kellerwohnung, die er Vogt nach der Zwangsräumung zuwies (dieselbe steht bereits fünf Wochen unbewohnt), scheint Maffert für kranke Proletarier gerade gut genug.

Bemerkenswert ist, daß am Tage der Zwangsräumung, um 11.15 Uhr, also noch vor Dienstschluß, weder Herr Hertwig noch Herr Maffert zu sprechen waren. Herr Hertwig hatte doch von der Räumung Kenntnis, da ohne seine Anordnung Gemeindearbeiter und Polizei nicht angerückt wären.

So geschehen in der „sozialistisch" regierten Gemeinde Weißstein, die Sozialdemokrat Lehmann, Breslau, acht Tage zuvor, ungefähr 50 Meter von dem Schauplatz des Elends entfernt, als „zweites Wien" bezeichnete. Man mache sich nun eine Vorstellung von Wien.

Arbeiter, kämpft mit der Kommunistischen Partei gegen alle Ungeheuerlichkeiten und helft dieses System beseitigen. Lest die „Arbeiter-Zeitung", die alle Schandtaten rücksichtslos anprangert.

Achtung, Arbeiterkorrespondenten!

Berichterstatter! Sonntag, den 8. März, 9 Uhr, Arbeiterkorrespondenten-Konferenz im Gasthaus „Zum Hochwald", Weißstein (Haltestelle der Straßenbahn). Vertreter der Redaktion anwesend.

Kein Berichterstatter darf fehlen!

Jeder Ort, jeder Betrieb muß vertreten sein!

Wichtige Tagesordnung!

Jauer

Sie können Kritik nicht vertragen

In Rohnstock referierte Genosse Hiller in einer öffentlichen Versammlung, zu welcher die Arbeiter zahlreich erschienen waren. Genosse Hiller zeigte klar und deutlich das Wesen des Faschismus auf und machte den Anwesenden klar, daß nicht nur die Nazis Faschisten sind, sondern daß alle bürgerlichen Parteien und auch die SPD.-Führer den Faschismus wollen. Schon nach einem Teil seiner Ausführungen konnten sich etliche Sozialdemokraten nicht enthalten, durch Zwischenrufe zu stören, trotzdem ihnen gesagt wurde, daß sie von der freien Aussprache ausgiebig Gebrauch machen können. Als er weiter die traurige Rolle der SPD.-Führerschaft brandmarkte und nachwies, daß ihre Politik der Nährboden der Faschisten ist, erhoben sich fünf oder sechs „Tapfere" und verließen den Saal, trotzdem sich einer von ihnen Notizen zur Diskussion gemacht hatte. Sie versuchten mehr mitzubekommen, aber es gelang ihnen nicht, und unter dem Gelächter der Zurückgebliebenen zogen sie ab. Trotzdem noch ein großer Teil SPD.-Arbeiter im Saal anwesend waren, erhielt Genosse Hiller lebhafte Zustimmung, und verschiedene verurteilten sogar das feige Kneifen ihrer Parteigenossen.

Die Versammlung hat wieder bewiesen, daß es in der Sozialdemokratischen Partei Leute gibt, die ein Zusammengehen mit den kommunistischen Arbeitern gegen den Faschismus gar nicht wollen, sondern sogar noch hintertreiben. Daraus müssen die anderen die notwendigen Lehren ziehen.

Niederschlesien

Vorarbeit der Reformisten für den Verrat der Bauarbeiter

Ein Vorstoß gegen die RGO.

Grünberg. Die Lohnverhandlungen im Baugewerbe stehen bekanntlich bevor, d. h. der Lohnraub steht vor der Tür. Da muß Vorarbeit geleistet werden. Die Arbeiter werden sagen, daß diese Vorarbeit in der Richtung vor sich gehen wird, die Kampfbereitschaft zu sichern. Die Bonzen des Bauarbeiterverbandes aber sind anderer Meinung. Sie haben unseren Genossen Laube und Möbus einen Ukas zugehen lassen, nach welchem ihnen wegen ihrer Zugehörigkeit zur RGO. auf ein Jahr ihr Mitgliedsrecht entzogen wird. Sollte einer von beiden trotzdem in einer Mitgliederversammlung erscheinen, so soll automatisch ihr Ausschluß aus dem Verband erfolgen.

Den Zweck dieser automatischen Abwürgung haben wir eingangs bereits angedeutet. Das Entstehen eines Kampfwillens gegen den Lohnraub soll schon im Keime durch Ausschaltung unserer beiden Genossen erstickt werden. Aber die Herrschaften mit dem Oberbonzen Schmidt an der Spitze irren, wenn sie glauben, nunmehr freie Bahn für den Verrat zu haben.

Nun erst recht! Das wird unsere Losung sein. Wir werden unsere Aktivität für die Verstärkung der RGO. aufs höchste steigern, weil wir wissen, daß nur dadurch der revolutionäre Kampfwillen erzeugt werden kann, der notwendig ist, um den Lohnraub bei den Bauproleten zu verhindern.

Görlitz

Sportvorschau

Nach eifrigem Bemühen aller Genossen ist es der jungen Kampfgemeinschaft in Görlitz gelungen, einen Werbeabend für den 6. März zu veranstalten. Soweit der Kartenvorverkauf jetzt zu übersehen ist, können wir mit einem guten Erfolg rechnen.

Das unter Einbeziehung der Interessengemeinschaft aufgestellte Programm ist reichhaltig und dürfte unseres Erachtens befriedigen.

Am Sonntag, dem 8. März, tritt Doberschau mit zwei Mannschaften in Görlitz zum Fußballspiel an. Das Spiel ist für 13 Uhr angesetzt, so daß den Sportlern noch genügend Zeit verbleibt, um einige Stunden im gemütlichen Beisammensein zu verbringen.

Liegnitz

Ein Musterbetrieb

Wir müssen heute einmal die Handschuhfabrik S. Alexander ein wenig an den Pranger stellen. Von sanitären Einrichtungen scheint die Firma nichts zu wissen, obwohl dort mit Säure gearbeitet wird und man sogar von Lebensgefahr bei der Arbeit reden kann. Da im Frühstücksraum keine Waschgelegenheit ist, wird das Frühstück mit denselben Händen verzehrt, die vorher eben noch mit Säuren hantierten. Die als oppositionell auftretenden Arbeiter hat man hinaus rationalisiert. Wenn es auch gelang, auf diese Weise den Betrieb kommunistenrein zu machen, so ist deshalb die Opposition nicht tot. Bei der kommenden Betriebsratswahl wird die RGO. den Weg zeigen und die Forderungen, die zu stellen sind. Damit der Erfolg nicht ausbleibt ist es allerdings notwendig, daß ungesäumt die ganze Kraft aller ehrlichen Arbeiter für diesen Kampf eingesetzt wird.

Lauban

Achtung! Achtung!

Heute abend findet eine öffentliche Volksversammlung im kleinen Bellevue-Saal statt. Es sprechen vier Delegierte vom Kampfkongreß in Breslau. Freie Aussprache!

Arbeiter, Angestellte, Beamte und Mittelständler, erscheint in Massen!

Ortskomitee gegen den Faschismus.

Grünberg

Ein Vorstoß ins schwarze Nittritz

In einer von über 100 Arbeitern, Geschäftsleuten und Kleinbauern besuchten Versammlung sprach Genosse Möbus über Weltwirtschaftskrise, Massenelend und Faschismus. Trotzdem die Anwesenden noch voll und ganz unter dem Einfluß der Kirche standen, verstanden sie doch sehr gut, daß nur eine breite, starke Einheitsfront aller Werktätigen die Basis bilden kann, um dem morschen, verfaulten kapitalistischen System ein Ende zu machen.

Nach der Versammlung setzte eine äußerst lebhafte Aussprache ein und das Fragen und Diskutieren wollte kein Ende nehmen. Ein Beweis, daß auch die religiöse Einlullung die Arbeiter nicht mehr vom Denken abhalten kann. Arbeiter, Kleinbauern, Gewerbetreibende von Nittritz, sorgt dafür, daß auch aus eurem Ort eine rote Hochburg wird. Lauft nicht mehr länger den Schwarzkünstlern nach, sondern kommt zu uns, zur roten Klassenfront.

Echte Nazimethoden auf Melchior-Schacht, 4. Abteilung

Die Wahl roter Betriebsräte muß dem Naziunwesen ein Ende machen

Dittersbach. In einer Nachtschicht wurde in der 4. Abteilung vor kurzem die Verglosung zugespült. Das ablaufende Wasser wurde nach Senkschacht 24 geleitet. Da sich aber noch dort eine Steigung befindet, läuft dasselbe entgegengesetzt und bleibt, da sich dasselbe dort zeigt, in der Strecke stehen. So auch dieses Mal. Der Wasserstand war etwa 35 Zentimeter hoch, kalt und schlammig. Am Morgen sträubten sich zwei Schlepper, in dem Wasser zu fahren. Kommt da der famose Fahrsteiger Krause und befahl, sofort zu fahren, da die Förderung nicht stehen bleiben darf. Der Schlepper H. machte Krause darauf aufmerksam: **„Bekomme ich Wassergeld, fahre ich, sonst nicht und verlange andere Arbeit."** Nun hört und staunt! Dieser saubere Patron von Steiger scheint bergpolizeiliche Vorschriften nicht zu kennen und spricht: **„Zieht euch die Schuhe aus und fahrt barfuß!"** — trotzdem er wissen müßte, daß dieses nach § 231 der ABB. verboten ist. Von H. wurde dies auch energisch zurückgewiesen mit der Bemerkung: **„Meine Gesundheit ist mir lieber, als die paar Pfennige, die ich da verdiene!"** Große Entrüstung bei Krause, der dieses als Arbeitsverweigerung ansieht, was selbstverständlich nicht der Fall war. Trotzdem kündigt er dem Kumpel. Die Annahme der Kündigung wurde von H. verweigert, und Krause sah sich auch gezwungen nach Beendigung der Schicht diese Kündigung beim Betriebsrat zurückzuziehen. Das war ihm natürlich unangenehm, und er trat auf H. zu mit den Worten: **„Hätten wir nur andere Zeiten!"** Jawohl, Herr Krause, hätten wir andere Zeiten und Totschlag würde mit vierzehn Tagen bestraft, dann !!!!!!

Bei dieser Gelegenheit lohnt es sich, den Nazioten-Steiger ein klein wenig vor aller Oeffentlichkeit zu beleuchten. Dieser ehemalige Reserveleutnant und jetzige Fronvogt ist ja den Kumpeln kein Unbekannter. Er war es ja, der beim Pfeiler 668 dem Lehrhauer B. die **Lampe ins Gesicht schlagen wollte**, es ist auch derselbe Bursche, der **den 28jährigen Lehrhauer Urb. einen verfluchten Rotzjungen nannte.** Als einmal keine Kohle in die Rutschen kam, bezeichnete dieser ehemalige Leutnant, wahrscheinlich in Erinnerung an den Kasernenhof, **alle Leute als faule Bande, die statt zu essen Peitschenhiebe bekommen müßte.**

Leider muß man die traurige Tatsache feststellen, daß bei manchem Kumpel das Klassenbewußtsein noch so ungenügend entwickelt ist, daß sie sich gegen ein solches Treiben, wie es der Naziot Krause beliebt zu tätigen, nicht in der Weise zur Wehr setzen, wie es angebracht wäre. Angesichts des Hungerlohnes und der lebensgefährlichen Arbeit ist das doppelt zu verurteilen. Dadurch erreichte auch in dem vorliegenden Fall der Naziot, daß H. von seiner Arbeitsstelle verlegt wurde.

Wir stehen vor der Betriebsratswahl. Das muß ein Anlaß sein, mit der noch vorhandenen Feigheit mancher Kumpels gründlich aufzuräumen. **Das gilt aber nicht nur von der Feigheit gegenüber den Fronvögten vom Schlage des Krause, sondern das gilt auch solchen Betriebsräten gegenüber, die an diesen Zuständen ein voll gerüttelt Maß Schuld tragen.** Diese nicht zu leugnende Schuld muß alle Kumpels anspornen, im Kampf um einen neuen Betriebsrat dafür zu sorgen, daß nur solche Kameraden gewählt werden, die auch wirklich ernsthaft die Interessen der Kumpels vertreten, das sind aber unter keinen Umständen die reformistischen Betriebsräte.

Nur rote Betriebsräte bieten die Gewähr dafür, daß andere Zustände eintreten, ebenso wie sie allein gewillt sind, die Arbeiter in dem Kampf um höheren Lohn und gegen jede Verschlechterung zu führen. Deshalb muß die Losung sein:

Mit aller Kraft für rote Betriebsräte!

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Schirdewan, Breslau. — Für den Inseratenteil: Karl Gansdorf, Breslau
Druck: „Fortschritt" AG., Filiale Breslau.

LIEBICH
Täglich 8.15
Sonntag 4.30 und 8.15
Die Welt-Sensation
NONI

Inserate
haben in unserer Zeitung
guten Erfolg

Trebnitzer Roßfleischerei
Markthalle I u. II
Breslau, Gartenstraße, Stand 218/19
empfiehlt alle Sorten
frische Fleisch- und Wurstwaren
Paul Martin

M. Kricke
empfiehlt
Lebensmittel aller Art
Reelle Bedienung, niedr Preise
Breslau, Löschstraße 17
9 Prozent Rabatt

Lichtspielhaus
Wacht am Rhein
Liegnitz
Ab Freitag:
Der verpackende Großfilm von gewaltigem Ausmaß
Pudowkins Meisterwerk
Sturm über Asien
Ein Film in mitreißenden Bildern von überwältigender Wirkung und Größe und von explodierender Dramatik
Beginn: Wochentags 8 Uhr
Sonntags 5.30 Uhr und 8 Uhr

Reinhold Weise Schießwerderstraße 30
Getreide-Dampfbrennerei
Likörfabrik Gaststätte

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

Max Berndt
ff. Fleisch u. Wurstwarenfabrik
Bergmannstraße 14

Kauft bei
Blasse
Blasse
ist billig!
BRESLAU
Nur Graupenstraße 6/10

SPD. stimmt für Zollwucher

Stahlhelm-Hungerminister Schiele durch die SPD. gerettet — Auf Beschluß der sozialdemokratisch-bürgerlichen Mehrheit verfaulen 600 000 Tonnen Getreide

Berlin, 3. März. (Eig. Bericht.) Die Dienstagsitzung des Reichstags war ausgefüllt mit den Abstimmungen zum Ernährungsetat. Die Sozialdemokraten stimmten Punkt für Punkt allen neuen Zollforderungen des Junkerministers Schiele zu und gaben ihm gleichzeitig die Zustimmung zur Ermächtigung auf weitere Zollerhöhungen.

Die entscheidende Abstimmung vollzog sich gleich bei Beginn der Sitzung über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Schiele. Die Abstimmung war namentlich und zeitigte als Ergebnis

60 Stimmen der Kommunisten für das Mißtrauensvotum und 311 dagegen.

Die Einheitsfront vom Sozialdemokraten Seydewitz bis zum berüchtigten Junker Schlange-Schöningen drückte also ausdrücklich dem Ernährungsminister Schiele für seine Volksaushungerungspolitik das Vertrauen aus.

Ein anderer kommunistischer Antrag, der verlangte, daß die von der Brüning-Schiele-Regierung zur Einlagerung aufgekauften 600 000 Tonnen Roggen gratis an die Minderbemittelten verteilt würden, wurde gleichzeitig in namentlicher Abstimmung mit 66 kommunistischen Stimmen gegen 318 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der offenen Junkerpartei niedergestimmt.

Genosse Hoernle konnte zu dieser Abstimmung mitteilen, daß von diesen 600 000 Tonnen, die im Herbst vorigen Jahres aufgekauft wurden, bereits 480 000 Tonnen verfault und nicht mehr für die menschliche Ernährung zu gebrauchen sind. Die restlichen 120 000 Tonnen Roggen werden schon in den nächsten Wochen verschimmeln, wenn nicht sofort die Verteilung an die Erwerbslosen erfolgt.

Die weiteren kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Wucherzollverordnung vom 15. April 1930, auf Aufhebung des Vermahlungszwanges, durch den das Brot verschlechtert und verteuert wird, wurden gleichfalls von der gleichen Einheitsfront abgelehnt.

Charakteristisch bei all diesen Abstimmungen war noch, daß alle Forderungen der Kommunisten auf Kleinbauernhilfe durch Pachtverbilligung, Zinsherabsetzung und Steuerbefreiung nicht nur von den Junkern, sondern auch von den Sozialdemokraten abgelehnt wurden.

Um ihre geradezu verbrecherische Politik vor den Arbeitermassen zu vernebeln, leisteten sich die Sozialdemokraten bei der Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf

Verbilligung de Frischfleisches

lich wurde dieser Antrag bereits im Dezember vorigen Jahres im Haushaltsausschuß angenommen.
bereits im Haushaltsausschuß angenommen.

Nichts stand im Wege, denn Sozialdemokraten und Kommunisten sind ja in der Mehrheit, die Annahme des Antrags auch im Plenum durchzusetzen.

Die Brüningschen Diktaturparteien verlangten aber demonstrativ von den Sozialdemokraten die Ablehnung des kommunistischen Antrages und gestatteten ihnen zum Ausgleich und zur „Rechtfertigung nach außen", die Einbringung eines Antrags auf Einführung eines zollfreien Gefrierfleischkontingents von 50 000 Tonnen.

Dieser Antrag wurde auch in namentlicher Abstimmung mit 218 gegen 152 Stimmen angenommen, aber gleichzeitig dabei betont, daß die letzte Entscheidung ja beim — Reichsrat liegt. Der Reichsrat wird zweifellos mit den Stimmen der Preußenregierung die Einführung des 50 000-Tonnen-Gefrierfleischkontingents ablehnen.

Eine elende Komödie, die am besten noch dadurch charakterisiert wird, daß die Sozialdemokraten in namentlicher Abstimmung gegen den kommunistischen Antrag auf Erhöhung des Gefrierfleischkontingents in derselben Höhe, wie es vor der Brüning-Diktaturregierung vorhanden war (120 000 Tonnen) stimmten.

Die Abstimmungen in der Dienstagsitzung waren also von gewisser historischer Bedeutung, denn zum ersten Male stimmten die Sozialdemokraten geschlossen für die Schielesche Zollwucherpolitik und drückten dem deutschnationalen Ernährungsminister Schiele, dem Mann, der selbst Besitzer eines Rittergutes mit 5556 Morgen Land ist, ihr Vertrauen aus.

Nächste Sitzung Mittwochnachmittag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Debatte Fortsetzung zum Innenetat.

Arbeiter sind Freiwild!

Sozialdemokraten gegen Schutz der Arbeitskraft

Im Strafrechtsausschuß des Reichstages wurde am Dienstag der kommunistische Antrag behandelt, der verlangt, daß dem neuen Strafgesetzbuch ein Abschnitt über Angriffe gegen die Arbeitskraft eingefügt wird.

Dieser Antrag verlangt die Bestrafung der Unternehmer, wenn die gesetzlich oder tariflich festgesetzte Arbeitszeit überschritten wird, wenn die Arbeitsbedingungen verletzt werden, wenn die Betriebssicherheit verletzt und dadurch Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter entstehen, und wenn der Unternehmer gefährliche Arbeitsmethoden duldet.

Ferner soll der Unternehmer bestraft werden, der durch Ausstellung falscher Zeugnisse, unerlaubte Kennzeichnung, Berufserklärung oder schwarze Listen eine Existenzschädigung an den Arbeitern vornimmt.

Der Unternehmer soll auch bestraft werden, wenn er verbotene Nachtarbeit, besonders bei Frauen und Jugendlichen, duldet, wenn er Schandlöhne zahlt,

die besonders Frauen der Prostitution in die Arme treiben, wenn er schwangere oder junge Mütter entläßt, schikaniert oder nicht den vollen Arbeitslohn während der Schutzfrist zahlt.

Nach dem Antrag soll ferner bestraft werden, ein Hauswirt, der eine ungesunde Wohnung vermietet, ein Landwirt, der das Land brach liegen läßt, und es nicht ordnungsmäßig bestellt, die Ernte verkommenläßt; ein Großgrundbesitzer, der Siedlungsarmen das Land vorenthält und schließlich der Verpächter, der Pachtland kündigt oder zu hohe Pachtpreise nimmt.

Genosse Schumann begründete in längerer Rede die Notwendigkeit des strafrechtlichen Schutzes des einzigen Gutes der Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeitskraft. Die Sozialdemokratie sowie die sozialdemokratischen Gewerkschaften hätten früher den strafrechtlichen Schutz der Arbeitskraft gefordert. So Hugo Haase auf dem Mannheimer Parteitag 1906, Dr. Hugo Heinemann auf dem Gewerkschaftskongreß in Dresden 1911 und noch der linke Kurt Rosenfeld auf dem Kieler Parteitag 1927.

Der Grad der Ausbeutung steigt, die Zahl der Betriebsunfälle nimmt in erschreckendem Maße zu. 25 Arbeiter werden täglich durch die Maschinen totgeschlagen.

Wenn das Eigentum der Besitzenden die Tiere im Strafgesetz geschützt werden, so müsse erst recht die Arbeitskraft dem strafrechtlichen Schutz unterstellt werden.

Den Sozialdemokraten waren diese Ausführungen sichtlich unangenehm. Tarnow gab zu, daß die Sozialdemokratie seit 1927 ihre Meinung geändert habe. Man könne im Gesetz nicht einseitig nur die Unternehmer bestrafen. Die Forderung auf Schutz der Schwangeren würde zur Folge haben, daß die Unternehmer keine verheirateten Frauen mehr in die Betriebe nehmen werden (!).

Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und aller bürgerlicher Parteien wurde der kommunistische Antrag auf Schutz der Arbeitskraft abgelehnt.

Millionärsteuer abermals verschleppt

Der Finanzminister schützt die „armen" Millionäre — SPD. ermöglicht erneut die Verschleppung

Im Steuerausschuß des Reichstags begann am Dienstag die Beratung des kommunistischen Antrages auf Einführung einer Millionärsteuer, einer Dividenden- und Aufsichtsratssteuer und einer Sondersteuer auf die großen Einkommen!

Sie war verbunden mit einer Beratung einiger sozialdemokratischer Anträge, von denen der eine eine Aufsichtsratssteuer (in Uebereinstimmung mit dem betreffenden Punkte des kommunistischen Antrages), ein zweiter einen Zuschlag zur Einkommensteuer über 8000 Mark, ein dritter eine schärfere Erfassung der Spekulationsgewinne fordert.

Der Reichsfinanzminister Dietrich erklärte sowohl den kommunistischen wie den sozialdemokratischen Antrag als unannehmbar und „undurchführbar".

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Föhr (Baden) wandte sich in besonderer Schärfe gegen die Millionärsteuer. Dann beantragte der berüchtigte Zentrumsabgeordnete Esser, die Beratung dieser Steueranträge abzubrechen und zunächst die Regierungsvorlage über die Kraftfahrzeugsteuer zu beraten.

Mit Hilfe der SPD. wurde dieser neue Verschleppungsantrag angenommen.

Empörung über die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Große Auseinandersetzungen in der Generalversammlung von Plauen und Leipzig

In der sozialdemokratischen Mitgliedschaft tobt eine heftige Diskussion über die arbeiterfeindliche Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion. So kam es auf der Generalversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig zu stürmischen Auseinandersetzungen. Der Delegierte Zerche erklärte dort z. B. nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung": „Das, was jetzt getan wird, ist nicht mehr tragbar." Der Delegierte Ferkel führte aus: „Was im Reichsparlament geschieht, hat nicht viel mit Demokratie zu tun, sondern ähnelt einer Diktatur."

Die Generalversammlung des Plauener Bezirks nahm nach stürmischer Debatte eine Resolution an, in der der schärfste Widerstand gegen Panzerkreuzer, Wehretat und Ermächtigungsgesetze gefordert wird. Auch das demagogische Referat von Seidewitz konnte die Erbitterung der SPD.-Mitglieder nicht abschwächen.

Berlin, 3. März (Eig. Bericht.)

Die am vergangenen Sonntag stattgefundene Generalversammlung der SAJ. stand unter schärfstem Druck der SPD.-Bürokratie und der Grzesinski-Polizei. Gegen die Verteiler von oppositionellen SAJ.-Zeitschriften wurde die Polizei mobilisiert, die auch einen Jungarbeiter festnahm. Trotzdem gelangten viele SAJ.ler in den Besitz des Materials.

Die Generalversammlung selbst verlief sehr kläglich, da man aus Furcht vor „kommunistischen Spitzeln" jede oppositionelle Diskussionsrede im Keime erstickte. Ueber den Verlauf der Versammlung, in der mit keinem Wort zum Kampf gegen den Faschismus Stellung genommen wurde, werden wir noch in der

Massensammlung zum Kampf gegen den Faschismus

Schafft Munition für den antifaschistischen Kampffonds! — Werbt neue Kämpfer!

Die Kampffront gegen den Faschismus wird von Tag zu Tag stärker. Sozialdemokratische Arbeiter kommen in immer größerer Zahl zur roten Klassenfront. In den Reihen der Nazianhänger gibt es Unsicherheit und Mißtrauen.

Darum mit verzehnfachter Energie gearbeitet!

Den faschistischen Anschlägen der Brüningregierung, der Braun-Severingregierung in Preußen und des Reichsverbandes der Industrie muß der Widerstand der Massen entgegengesetzt werden. Jeder Einfluß der Mordnazis auf die werktätigen Massen muß und wird gebrochen werden. Unseren Einbruch in die schwankenden Reihen der sozialdemokratischen Anhänger müssen wir erfolgreich fortsetzen.

Wehrhafter und politischer Massenkampf gegen den Faschismus ist die Parole!

Sie muß zur stärksten Werbung für die revolutionäre Einheitsfront dienen.

Genossen, Arbeiter, Werktätige!

Hunderttausende Werber an der Stempelstelle, im Betrieb, in den Quartieren der Armut! Jeder Feind des Faschismus, jeder Gegner des Kapitalismus, jeder, der Hunger und Not des Volkes beseitigen will, jeder Kämpfer für den Sozialismus gibt im Monat wenigstens 10 Pf. für den Kampf gegen den Faschismus, für Stärkung der revolutionären Front!

Beginnt sofort!

Eine Million Antifaschisten geben je 10 Pfennig für den Kampffonds gegen den Faschismus!

Faßt Belegschaftsbeschlüsse in den Betrieben und Werkstätten zur Unterstützung des Kampffonds!

In allen Arbeiterorganisationen und Vereinen nehmt Stellung zum Kampf gegen den Faschismus, zur Bildung des Kampffonds!

Ausgebeutete! Unterdrückte in Stadt und Land, alt und jung, reiht euch ein in die Kampffront gegen den Faschismus! Der herrschenden Klasse und ihrer faschistischen Mordpest muß der Schreck in die Glieder fahren. Schafft Munition für den antifaschistischen Massenkampf!

Sammelt! Werbt!
Heran an die Arbeit!

Zentralkomitee der KPD.
Sektion der Kommunistischen Internationale.

Landrat verdietet Erwerbslosenunterstützung

Sämtliche Wohlfahrtsempfänger sollen verhungern

Königsberg, 3. März. Der Landrat des Kreises Stuhm hat ein Schreiben an sämtliche Wohlfahrtsbehörden gerichtet, in dem angeordnet wird, daß sämtliche Unterstützungen der Erwerbslosen sofort um 20 Prozent herabgesetzt, ab 1. April um 30 Prozent gekürzt und ab 1. Mai völlig eingestellt werden. Zur Begründung dieser ungeheuerlichen Maßnahme wird ausgeführt, daß alle Gelder für Wohlfahrtszwecke restlos aufgebraucht seien. Neue Gelder stelle der Staat nicht zur Verfügung.

Diese skandalöse Verfügung verurteilt sämtliche Erwerbslosen des Kreises Stuhm zum offenen Hungertod. Kommunistische Anträge, die Unterstützung weiter beizubehalten und in Anbetracht des ungeheuren Elends auszubauen, wurden von den Sozialdemokraten bis zu den Bürgerlichen abgelehnt.

In Luxemburg kommt es nach dem Weltkampftag gegen Arbeitslosigkeit tagtäglich zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Polizei. Bisher sind in Esch über 100 Verhaftungen vorgenommen worden.

*

Auf den Philippinen ist nach amerikanischen Meldungen ein Aufstand zur Erreichung der Unabhängigkeit mit Waffengewalt unterdrückt worden.

Niederschlesien

Görlitz

Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur

Freitag, 20 Uhr, im großen Saale des Konzerthauses: Sport- und Kultur-Werbeabend.

Alle Freunde des Arbeitersportes erscheinen!

Die Dreckschleuder rast

Der Welt-Erwerbslosentag ist der Tante auf der Luisenstraße arg in die Knochen gefahren. Sie setzt demzufolge ihre Dreckschleuder in Bewegung und verliert immer mehr den Verstand darüber, daß ihr so langsam, aber um so sicherer die paar Schäflein noch davonlaufen. Man erzählt den bedauernswerten Lesern, daß die Komunazis, wie sie uns neuerdings nennen, die ganze Umgegend zusammengezogen hätten, um eine Demonstration auf die Beine zu bringen. Es wäre ja für die Tante erschütternd, würde man zugeben, daß an diesem Tage kein einziger auswärtiger Kommunist in Görlitz war, da ja überall Demonstrationen stattfanden. Ja, ja, die Reichsjammer-Pleite am Sonntag war auch zu groß, hatte man doch am Geburtstag des Reichsjammers kaum 700 Männeken aus der gesamten Oberlausitz mühselig zusammengefegt, wo man früher allein aus Görlitz diese Zahl aufbrachte, und da muß man versuchen, den Aerger loszuwerden. Aber wir sagen, immer schwindelt nur weiter, die Proleten werden sich so am schnellsten zur roten Klassenfront finden. Gibt es doch schon heute ungezählte Arbeiter und Erwerbslose, die, obwohl sie uns nicht nahestehen, dieses Organ der Werktätigen als das größte Mistblatt von Görlitz bezeichnen, das sich nicht scheut, revolutionäre Arbeiter der Polizei zu denunzieren. Heraus aus den Arbeiterwohnungen mit diesem Skandalblatt! Abonniert die „Arbeiter-Zeitung“!

Liegnitz

Arbeiterkinder und Eltern!

Besucht am Freitag, dem 6. März, um 20 Uhr, unsere öffentliche Werbekundgebung im „Schles. Stübel“.

Verband junger Pioniere, Liegnitz.

Und wieder Wohlfahrtsamt!

Ein Dachdecker hatte sich, als er Arbeit hatte, ein Radio angeschafft. Jetzt, da er arbeitslos ist und Unterstützung erhält, muß er auf dem Wohlfahrtsamt deswegen angezeigt worden sein, denn als die Frau dieses Proleten nach Geld kam, fragte man sie sofort danach. Es sollen nähere Erkundigungen eingezogen werden. Soll das etwa heißen, daß das Radio billig verschleudert werden soll? Möglich ist es schon, denn zu was braucht ein erwerbsloser Arbeiter Radio; dem muß es genügen, wenn der Hunger in seinem Magen „Musik“ macht, jene „Musik“, von der Herr Stadtrat Jentsch allerdings keine Ahnung hat.

Sagan

Wie man mit einer 82jährigen Frau verfährt

Wiederholt haben wir schon in unserer Zeitung die Zustände über das hiesige Wohnungselend anprangern können. Heute sind wir wieder gezwungen, einen solchen Fall der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Eine 82jährige Frau Lücke muß mit ihrem Schwiegersohn in Stuben hausen, die in jeder Beziehung menschenunwürdig sind. Zur Erläuterung dieser Tatsache folgendes: Die 82 Jahre alte Frau wohnt Kupferstraße 18 im Hinterhaus, und zwar wohnt sie bereits 15 Jahre in einer Kammer. Die verheiratete Tochter erhielt im selben Hause eine gleichartige Wohnung, um so der betagten Mutter ihre Hilfe leisten zu können. Beide Wohnungen, wenn das Wort hier überhaupt angebracht ist, unterscheiden sich nicht sehr von einander. Eine ist so schlecht und gesundheitsgefährlich wie die andere. Der Hauswirt, Klempner Leder, ist ein „sparsamer“ Mann und läßt nicht eher etwas herrichten, als bis es unter keinen Umständen mehr aufgeschoben werden kann. Fünfzehn Jahre lang sind diese Stuben nicht mehr gestrichen. Außerdem regnet es so ein, daß die Balkenanlagen bereits angefault sind. Von den Wänden fällt bereits der Putz ab und die Decke hat sich schon an einigen Stellen gesenkt. In allen Ecken ist der sogenannte Schwamm. In den Sommermonaten ist auch das Ungeziefer sehr stark vertreten. Alles in allem eine Wohnung, die jeder Beschreibung spottet. In dieser ungesunden Bude hat sich nun die Frau eine Erkrankung zugezogen, die sie zwingt, die Wohnung aufzugeben. Der Schwiegersohn bemühte sich um eine bessere und größere Wohnung, aber das Wohnungsamt denkt nicht daran, hier hilfreich einzugreifen, ja man wagt es sogar, die Frau durch Drohungen und Verlegen ins Armenhaus oder in Baracken obendrein noch zu quälen.

Wir prangern diesen Skandal an und erwarten vom Wohnungsamt, daß es hier auf dem kürzesten Wege eine Beseitigung dieses Zustandes eintreten läßt.

Primkenau

Am Pranger

In unserer letzten Nummer teilten wir vier Namen von Streikbrechern mit. Hierzu folgendes: Drei dieser vier Leute haben in voller Unkenntnis der Sachlage gehandelt, und zwar haben die Kollegen Hantke Otto, Jankowiak und Quirl Emil sofort sich der Lage angepaßt, als sie von einem Kollegen der RGO. aufgeklärt wurden und haben ausdrücklich erklärt, daß sie gar nicht daran denken, ihren Arbeitskollegen in den Rücken zu fallen. Ueber den vierten fehlt uns noch die Information, wir wissen nur, daß sein Vordermantel zirka achtmal zerstochen sowie die elektrische Lampe demoliert war.

Löwenberg

Kläglicher Aufmarsch der Hörsing-Garde

Am Sonntag mußte Hörsings Schutztruppe auch in Löwenberg für den Schutz der kapitalistischen Republik aufmarschieren. Seit längerer Zeit wurden Dörfer und Ortsgruppen bearbeitet, um die Proleten von der Notwendigkeit des Aufmarsches zu überzeugen. Der Erfolg war kläglich. 1700 Stimmen erhielten die republikanischen Parteien an der letzten Reichstagswahl allein in Löwenberg. Und trotz der vorhergehenden Propaganda, zusammengetrommelt aus allen umliegenden Dörfern und Ortsgruppen, beteiligten sich nur annähernd 120 Reichsbannerproleten an dem Aufmarsch. Davon war der größte Teil bis jetzt von der Arbeitslosigkeit verschont geblieben. Transparente, welche auf den Kampf gegen den Faschismus hingedeutet hätten, waren im Zuge nicht vorhanden. In den Ansprachen wurde stets „Ruhe und größte Zurückhaltung“ gepredigt. Damit wird man den Faschismus natürlich nicht aufhalten können.

Darum, Reichsbannerproleten, streift diese Gefühlsduselei ab und kämpft Seite an Seite mit den Erwerbslosen und und den kommunistischen Arbeitern unter dem roten Banner des Klassenkampfes! Reiht euch ein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

Striegau

Aus der Steinarbeiterbewegung

Däßdorf. So wie in allen Berufszweigen, so lastet die Wirtschaftskrise auch schwer auf der Steinindustrie. Während in anderen es, wir können zurzeit nichts unternehmen, rüsten wir uns, um den nächsten Lohnkampf wirksam für uns entscheiden zu können. Ist der nächste Lohnkampf da, wird wieder auf den anderen vertröstet. Das ist die Lohnpolitik der Gewerkschaftsführer, der Senft und Müller. Die Steinarbeiter waren immer gewerkschaftlich gut organisiert, man kann sagen fast hundertprozentig, aber durch diese Strategie ist es so manchem leid geworden, die Beiträge weiter zu bezahlen. Ein Erwerbsloser zahlt wöchentlich 40 Pfennig. In den Versammlungen wird aber gesagt: wenn ihr wieder in den Betrieb kommt, vergeßt nicht, eure Beiträge in angemessener Höhe zu entrichten, je höher, desto besser, ein Stundenlohn dem Verband, in Wirklichkeit sind es beinahe zwei Stundenlöhne. Die Steinarbeiter haben bisher den Parolen der Führer zum allergrößten Teile noch Folge geleistet, aber es beginnt zu dämmern. Es läßt sich so mancher jetzt, wo er auf der Straße liegt, die Ereignisse von der Inflation bis heute durch den Kopf gehen und stellt Betrachtungen an über das, was uns erzählt worden ist und das, was eingetreten ist, und so lernen sie langsam einsehen, daß andere Wege eingeschlagen werden müssen.

Kampf gilt nicht bloß dem heutigen Wirtschaftssystem in Deutschland, um ein besseres Dasein zu erringen, sondern auch jenen Leuten. Wintern die Betriebe überhaupt nicht geschlossen wurden, legt man heute, wenn der Absatz etwas ins Stocken gerät, einfach die Betriebe still. Im Frühjahr gewöhnlich wurden Lagerplätze, wenn auch nicht ganz, so doch zu einem großen Teil abgerollt. Zurzeit liegen etwa 90 Prozent der Steinarbeiter auf der Straße. Diese 90 Prozent tragen sich alle mit der Hoffnung, wieder mal im Betrieb unterzukommen, da hier und da immer wieder etliche Leute zur Arbeit geholt werden, während in einem Betriebe wieder Entlassungen vorgenommen werden. Im Jahre 1930 konnte ein erheblicher Teil Steinarbeiter keine Arbeit finden, während ein anderer großer Teil nicht die nötigen Wochen zu einer neuen Anwartschaft zusammenbrachte. Dies nutzten nun die Steinbruchbesitzer aus, um wie in allen anderen Industrien auch hier den bekannten Lohnabbau zu fordern. Sie waren in ihrer Forderung nicht so „kleinlich“, **15 Prozent auf die Akkordlöhne, 10 Prozent auf die Stundenlöhne.** Jetzt wurde ein Schiedsspruch gefällt, welcher einen Abbau von 8 Prozent vorsieht, und der Stundenlohn soll um 3 Pfennig gemindert werden. In den Gewerkschaftsversammlungen und auf der Gaukonferenz des Steinarbeiterverbandes in Striegau wurde förmlich geschworen, einem Lohnabbau überhaupt jegliche Zustimmung zu versagen, da die Unternehmer seit dem Streik im Jahre 1928, wo eine Lohnerhöhung von 13 Prozent erreicht wurde, dieselbe durch indirekte Machinationen wieder illusorisch gemacht haben, indem sie Sorten anfertigen ließen, welche nicht im Tarif waren, oder durch allerhand Schikanen die Arbeit tadelten sowie die Felsenzulagen gewaltig reduzierten. Endlich denkt man auch daran, daß es noch erwerbslose Kollegen gibt. Man beruft Versammlungen ein und gibt ihnen den neuen Lohnraub bekannt, aber nur, um ihnen „Mut“ einzuflößen, den Raub zu ertragen, nicht etwa, daß ein Kampf gegen diesen Lohnraub unternommen werden kann. Jedesmal bei Neuregelung des Tarifes [illegible] welche als unsere Führer uns als schwere Gewichte an den [illegible] hängen und die Arbeiterklasse am Vorwärtsstürmen hindern. Wenn das der größte Teil der Arbeiter wird eingesehen haben, dann wird dieser Zustand beseitigt.

Oeffentliche Herausforderung zum Zeitungs-Wettbewerb

Der UB. Liegnitz fordert hiermit den UB. Görlitz auf zur Beteiligung. Ziel vom 8. März bis 8. April, 20 000 „A.-Z.“ umzusetzen.

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17

Donnerstag und Freitag 5 und 8 Uhr

25 Pfg.

Frühling

Einzige deutsche Aufführung

Auf der Bühne: **Zwei Randos**

Ich hab für Sie ein bißchen Sympathie

50 Pfg.

Erwerbslose bis 5.30 Uhr 25 Pf., sonst 50 u. 70 Pf.

LIEBICH

Täglich 8.15

Sonntag 4.00 und 8.15

Die Welt-Sensation

NONI

Circus Busch

Schau-Arena

Täglich 8¼ Uhr

Meister-Ringer

Turnier

um den

Golden.Gürtel

von Breslau

Tägl. 4—5 Kämpfe

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Mittwoch, den 4. März, 20.15 Uhr
14. Abonnements-Vorstellung B
Deutsche Uraufführung
Madame sans gêne
Komische Oper von Umberto Giordano

Donnerstag, den 5. März, 19.30 Uhr
Die große Unbekannte
Operette von F. von Suppé

Freitag, den 6. März 20.15 Uhr
14. Abonnements-Vorstellung C
Die Zauberflöte
Oper von W. A. Mozart

Sonnabend, den 7. März, 20.15 Uhr
Madame sans gêne
Komische Oper von Umberto Giordano

Sonntag, den 8. März, 17 Uhr
Die Meistersinger von Nürnberg
von Richard Wagner

Pfandleihhaus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 21

Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

JEDEN FREITAG NEU!

ARBEITER-SENDER

ILLUSTRIERTE FUNKWOCHENSCHRIFT

Telegramm

bestellen sie sofort den arbeiter-sender bei ihrem postamt [illegible]

verlangen sie kostenlose probenummer vom verlag arbeiter-sender berlin sw 68, [illegible]

Werbe-Woche

man spricht von Tietz und denkt an seine überragenden Leistungen!

Werbe-Woche

Max Schönfelder

Breslau 1, Albrechtstraße 56.

Spezial-Angebot in

Sardinen in Ia Oel.

Zu meinen bekannten Marken, die Dose zu —,29, —,45, —,55, —,70, —,88, —,96, 1,25 Mark usw. habe ich heute neu empfangen:

5000 Portionsdosen
Sardinen in Oel Marke „Elza“ (ca. 90 Gr. schwer)

Oel und Fisch sind ganz ausgezeichnet, und werde diesen Posten zu den nachstehend enorm niedrigen Preisen abgeben:

1 Dose 20 Pf., 5 Dosen 98 Pf., 10 Dosen 1,94 Mark, 25 Dosen 4,80, 50 Dosen 9,54, 100 Dosen 18,80 Mark.

Ferne biete heute wieder ermäßigt an:

Ia Bücklinge, Gold-Räucherung, sehr zartfleischig das Pfd. nur **27 Pf.,** Kiste ca. 5 Pfd. **1,30 Mk.**

Rindertalg, ganz frisch ausgelassene Ware in ½-Pfd.-Paketen, 2/2 Pfd. nur **45 Pf.,** 10 Pfd. **4,30 Mk.**

Meine anerkannt gute **Leberwurst mit Fettstücken** und **Gutspreßwurst** konnte ich **das Pfd. auf je 64 Pf.** herabsetzen.

Soeben empfange ich einen größeren Posten

Echte Rügenwalder Teewurst
in Stücken von ca. 200 Gramm, **das Stück nur 65 Pf. das ganze Pfd. nur 1,58 Mk.**

Die Qualität ist Ia, der Posten wird sehr schnell vergriffen sein.

Der billige Frühjahrs-Räumungsverkauf in

Gemüse- und Früchte-Konserven
sowie der Verkauf meiner sämtlichen Lebensmittel zu angezeigten niedrigen Preisen wird, solange die Bestände der einzelnen Sorten reichen, fortgesetzt.

Röstkaffee.

Ab heute wieder Gratis-Kostproben meiner Hauptspezialität **Karlsbader Mischung a la Café Pupp, Karlsbad** **das Pfd. 3,40 Mark.**

Prompter Versand nach auswärts!

Telephon-Nr. 204 23 und 274 02

Postscheckkonto: Breslau 95 30.